

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den 1. Teil der 30. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 18. bis 21. Juni 1984 in Paris

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- Die Lage im Nahen und Mittleren Osten und die europäische Sicherheit. Empfehlung 403 (S. 7).
Hierzu sprachen Abg. Dr. Müller (S. 4), Reddemann (S. 5), Kittelmann (S. 5), Vogt (Kaiserslautern) (S. 6).
- Abschreckung und der Wille des Volkes.
Hierzu sprachen Abg. Dr. Müller (S. 8), Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (S. 10), Dr. Scheer (S. 10), Reddemann (S. 11), Vogt (Kaiserslautern) (S. 9).
- Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, Baroness Young.
Hierzu stellte eine Frage Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 13).

Bericht des Rates der WEU

- 29. Jahresbericht des Rates, vorgelegt von dem amtierenden Vorsitzenden des Rates der WEU, Außenminister Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland).
Hierzu stellte eine Frage Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 23).
- 30 Jahre Geänderter Brüsseler Vertrag — Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 406 (S. 17).
- Politische Implikationen der europäischen Sicherheit im Jahre 1984 — Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 407 (S. 18).

- Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates (Ausschuß für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 16), Gansel (S. 16), Vogt (Kaiserslautern) (S. 17).

Verteidigung

- Der Stand der europäischen Sicherheit. Empfehlung 404 (S. 15).

Hierzu sprach Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 13).

- Rüstungskontrolle und Abrüstung. Empfehlung 408 (S. 31).

Hierzu sprach Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 30).

- Ansprache des niederländischen Staatsministers für Verteidigung, van Houwelingen.

Hierzu stellten Fragen Abg. Gansel (S. 24), Vogt (Kaiserslautern) (S. 25), Dr. Scheer (S. 25).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- AWACS und Nimrod-Flugzeuge. Empfehlung 405 (S. 29).

Hierzu sprachen Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 26), Vogt (Kaiserslautern) (S. 27).

- Die militärische Nutzung des Weltraumes. Empfehlung 410 (S. 33).

Hierzu sprachen Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 32), Dr. Scheer (S. 32).

Haushalt

- Stellungnahme zum Haushalt der Verwaltungsorgane der WEU 1983. Empfehlung 409.

Hierzu sprach Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 31).

Beziehungen zu den Parlamenten

- Folgemaßnahmen in den Parlamenten zu Empfehlungen der WEU-Versammlung über Standardisierung und Waffenproduktion.

Hierzu sprach Abg. Antretter (S. 35).

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Der französische Abgeordnete Jean-Marie Caro wurde von der Versammlung zum Präsidenten gewählt.

Abg. Reddemann (CDU/CSU) wurde als deutscher Vizepräsident gewählt. Abg. Lenzer (CDU/CSU) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt, Abg. Schulte (Unna) (SPD) zum Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses, Abg. Haase (Fürth) (SPD) zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Kittelmann (CDU/CSU) zum zweiten stellver-

tretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und Abg. Dr. Enders (SPD) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten gewählt.

Bonn, den 17. Juli 1984

Dr. Karl Ahrens

Wilfried Böhm (Melsungen)

Sprecher

Stellvertretender Sprecher

Montag, 18. Juni 1984

Tagesordnungspunkt:

**Die Lage im Nahen und Mittleren Osten
und die Europäische Sicherheit**

(Drucksache 978)

Berichterstatter: Abg. Lord Reay
(Vereinigtes Königreich)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, auch ich möchte, wenn ich jetzt zum erstenmal seit Ihrer Wahl das Wort ergreife, Ihnen recht herzlich dazu gratulieren, daß Sie zum Vorsitzenden unserer Versammlung gewählt worden sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst etwas zu dem Konflikt sagen, der unmittelbar im Nahen Osten in und um Israel stattfindet. Zunächst einmal muß ich mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß in jüngster Zeit in **Israel** gewisse Ereignisse stattgefunden haben, die die Situation leider nicht verbessern, sondern verschlechtern. Der sich innerhalb Israels neu bildende **Terrorismus**, den wir erlebt haben und sehen konnten, hat den untadligen Schild des Landes Israels befleckt. Ich sage das in dieser Deutlichkeit, weil damit die Situation im Nahen Osten nicht erleichtert, sondern erschwert wurde.

Ich möchte hier — das möchte ich ausdrücklich sagen — aber nicht etwa eine Parallele zur **PLO** oder zu dem Terrorismus ziehen, den die PLO angewendet hat und anwendet; denn hier gibt es noch einen erheblichen Unterschied. Ich möchte nur auf den einen Unterschied hinweisen, daß sich die PLO nicht nur als ein Organ betätigt, das für die Interessen der Palästinenser eintritt, sondern daß sich die PLO in der Vergangenheit auch als der verlängerte Arm der Weltrevolution hat benutzen lassen, wenn ich es einmal so beschreiben darf.

Wir wissen, daß z. B. Terroristen, die in Mitgliedsländern der WEU aufgetreten sind und großen Schaden angerichtet haben, etwa die RAF-Leute, Rote-Armee-Fraktion in der Bundesrepublik, in Lagern der PLO ausgebildet worden sind. Wir wissen darüber hinaus, daß die PLO auch in anderen Gebieten der Welt, wo Unruhe herrscht, wo Bürgerkriege stattfinden, ihre Hände mit im Spiel hat, nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern auch unmittelbar mit der Ausbildung von „Revolutionären“. Es ist schon sehr erstaunlich zu erfahren, daß eine Organisation, die das Leid der palästinensischen Flüchtlinge zu Recht beklagt — die Situation der palästinensischen Flüchtlinge möchte ich auch nach meinem Besuch mit dem Ausschuß in Jordanien bestätigen —, in der Lage ist, Millionen-Dollar-Beträge, sei es direkt, sei es als Darlehen, für Aufstandsbewegungen, z. B. in Mittelamerika, zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, hier findet eine Ver-

quickung statt, die deutlich macht, daß die Situation im Nahen Osten nicht nur unter örtlichen Gesichtspunkten betrachtet wird, sondern daß sie darüber hinaus natürlich die weltpolitischen Konflikte mit aufzeigt.

Lassen Sie mich als zweites etwas zum Krieg zwischen **Iran** und **Irak** sagen. Man muß in diesem Zusammenhang wissen, daß der Iran unter Schah Reza und seinem Vater auch gegenüber dem Irak eine imperialistische Politik betrieben hat. Er hat sich Land angeeignet, wobei die Iraker sagen, daß das zu Unrecht geschah, die Inseln im Schatt el Arab, aber auch andere Bereiche. Der Iran konnte aus einer Position der Stärke heraus so handeln. Wie so oft führt ein Machtwechsel, eine Revolution, in einem solchen Land nicht zu einer Änderung der Politik. Das ist so ähnlich wie in Rußland, wo die zaristische Politik von den Kommunisten unter Lenin fortgeführt wurde, was ihren imperialistischen Charakter betrifft. Ähnlich war es mit der Politik, die Khomeiny im Iran auch gegenüber den Nachbarn und dem Irak betreibt, auch wenn andere, gelegentlich sogar religiöse Motive in den Vordergrund gezogen werden.

Es ist auf jeden Fall eine Tatsache, daß die explosive Situation, die schon seit langem, schon seit 30 Jahren, wie man sagen kann, zwischen den beiden Ländern Iran und Irak bestanden hat, zu einem militärischen Konflikt geführt hat, der nicht nur unmittelbares Leid für die dort Betroffenen bringt, sondern eine Explosionsgefahr für eine größere Region darstellt. Ich darf hier nur in Klammern erwähnen, daß dieses Revier immer zu dem Interessengebiet der Sowjetunion gehörte und daß dieses Gebiet in dem berühmten Geheimabkommen zum Vertrag zwischen Hitler und Stalin im August 1938 ausdrücklich als Interessengebiet der Sowjetunion festgelegt wurde.

Es ist eine Tatsache, daß wir, soweit wir es können, möchte ich sagen, alles versuchen müssen, diesen Konflikt nicht weiter zu schüren. Es ist bedauerlich, daß Waffenlieferungen in dieses Konfliktgebiet, in beide Länder, aus aller Welt vorgenommen werden. Da ist Israel genauso beteiligt wie Chile oder wie es Mitgliedsländer der WEU sind; und es ist ganz klar, daß es eine andere Wirkung hat, wenn man Öl ins Feuer gießt, als wenn man Sand oder Wasser auf ein Feuer gibt. Waffen sind in einem Konflikt nun einmal nicht Sand und Wasser, sondern Öl.

Es ist auch bedauerlich, daß in diesem Bereich nicht nur echte Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung vorkommen, sondern daß darüber hinaus wirkliche Kinder eingesetzt werden, die fanatisiert werden, die gar nicht wissen, um was es geht, die mißbraucht werden. Ich bedaure es sehr, daß viele Organisationen, die in der Welt irgendwo eine Menschenrechtsverletzung feststellen und sie kritisieren, hinsichtlich dieses Konflikts in diesem Raum eigentlich im großen und ganzen erstaunlich schweigsam sind. Ich hätte hier mehr deutlichere

Worte bei solchen Organisationen erwartet, als in den vergangenen Monaten geäußert wurden.

Lassen Sie mich damit schließen, daß ich sage: Aufgabe unserer Mitgliedsländer muß es sein, alles zu tun, um in diesem Bereich eine Ausweitung des Konfliktes zu vermeiden, alles zu tun, um dämpfend und nicht anheizend zu wirken; denn wenn dieser Konflikt ausgeweitet wird, sind alle Völker die Leidtragenden, diejenigen, die unmittelbar betroffen sind, und diejenigen, die davon noch betroffen werden könnten.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! — Herr Präsident, zunächst einmal möchte ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche zu Ihrer Wahl, die ich Ihnen schon übermittelt habe, auch von diesem Platz noch einmal zum Ausdruck bringen.

Wir haben hier heute einen Bericht vorgelegt bekommen, dessen Resolutionsentwurf weit ausgewogener ist als der erste Entwurf, der auf dem Tisch gelegen hat. Insofern kann ich diesen Entwurf begrüßen. Ich unterstütze vor allem die sehr konkrete Forderung an die Regierungen der Mitgliedstaaten, keine chemischen Waffen in das Krisengebiet zu liefern, um auf diese Weise mit dazu beizutragen, die kriegerische Situation zwischen dem **Irak** und dem **Iran** zu entschärfen.

Meine Damen, meine Herren, trotzdem muß ich gestehen, daß ich mit dem, was wir hier präsentiert bekommen haben, nicht ganz zufrieden bin. Ich lese wieder die altvertraute Forderung, daß wir die **PLO** anerkennen sollen. Ich muß an den Herrn Berichterstatter, den ich sonst, wie jedermann weiß, sehr schätze, diese Frage richten: Was ist die **PLO** heute? Wer vertritt die **PLO** tatsächlich? In wie viele Teile ist die **PLO** längst zerfallen? Wann beschießt sie sich mit wessen Waffen? Wie will sie überhaupt noch als eine große Repräsentation der palästinensischen Bevölkerung auftreten? Ich fürchte, daß eine Erklärung, wie wir sie hier abgeben, nicht viel mehr als eine Leerformel ist.

Ich will einen weiteren Fragenkreis ansprechen: Welches sind die Rechte des palästinensischen Volkes? Ich habe diese Frage oft genug — nicht nur in dieser Versammlung — gestellt, aber ich habe überall jeweils andere Interpretationen gefunden, nichts Konkretes, nichts, von dem ich sagen könnte, es sei etwas, mit dem das palästinensische Volk etwas anfangen kann. Ich habe immer etwas dagegen, in Entschließungen Erklärungen abzugeben, bei denen niemand so recht wissen kann, was tatsächlich herauskommen soll, Erklärungen, bei denen man eher befürchten muß, daß durch sie nur die eine oder die andere Seite, die in eine kriegerische oder quasi-kriegerische Auseinandersetzung verwickelt ist, zufriedengestellt werden soll.

Ich muß außerdem gestehen — auch hier darf ich eine kritische Anmerkung machen —: Ich verstehe nicht ganz, wieso wir die Bildung der jetzigen **libanesischen Regierung** begrüßen, einer Regierung, von der jedermann weiß, daß die Mitglieder dieser

Regierung zwar an einem Tisch sitzen, daß aber die Hilfstruppen der Mitglieder dieser Regierung aufeinander schießen. Diese Hilfstruppen feuern gegenseitig Raketen auf ihre Häuser ab. Wenn sich ihre Anhänger irgendwo treffen, massakrieren sie sich gegenseitig auch mit anderen Waffen. Angesichts dessen kann ich doch nicht einfach sagen: Ich begrüße die Bildung dieser Regierung. Eine solche Aussage setzte voraus, daß man dann auch akzeptiert, wie diese Regierung oder, genauer gesagt, deren Hilfstruppen arbeiten.

Ich muß das so deutlich und kritisch sagen, weil ich in einer Schlußbemerkung einen weiteren Punkt anschneiden möchte. Wenn ich das, was ich heute hier gehört habe, noch einmal Revue passieren lasse, könnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Situation im Libanon eigentlich nur deswegen so schwierig wurde, weil die israelischen Truppen dort vor zwei Jahren einmarschiert sind. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, jeder, der den Libanon kennt — ich meine, hier sitzen genügend Kollegen, die ihn genau kennen —, weiß doch, daß die Israelis im Grunde genommen in einen bereits seit langem schwelenden Krieg eingegriffen haben. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, ob sie dies zu Recht oder zu Unrecht getan haben. Es bleibt aber die Feststellung, daß sie allenfalls im sechsten Jahr eines heftigen Krieges als kriegführende Partei auf dem libanesischen Kriegsschauplatz erschienen sind. Deswegen möchte ich herzlich darum bitten, daß wir nicht immer nur diesen einen Staat als den Bösewicht im Nahen Osten ansehen. Wir müssen vielmehr deutlich erkennen, daß sich im Libanon über ein Jahrhundert hinweg eine Entwicklung vollzogen hat, die einfach nicht nur mit den Maßstäben der letzten Jahre bewertet werden kann.

Herr Präsident, ich bitte um Verständnis, wenn ich der Entschließung unter diesen Umständen allenfalls zustimme, wenn meine Bedenken durch ein paar Amendments entschärft werden können. Ansonsten bin ich gezwungen, mich zumindest der Stimme zu enthalten. — Herzlichen Dank.

Dienstag, 19. Juni 1984

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten und die europäische Sicherheit

(Fortsetzung der Aussprache)

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Über diesen Report in wenigen Minuten zu sprechen, ist für mich genauso schwer wie für die Kollegen, die gestern den Versuch gemacht haben, im Schnellverfahren zu einem gewaltigen Problem wenige Worte zu sagen.

Ich beglückwünsche den Berichterstatter, der den Versuch gemacht hat — selbstverständlich mit eu-

ropäischen Augen —, ein Problem und dessen Lösung aus der Interessenlage vor allen Dingen Europas und unserer Sicherheit zu sehen, wobei es dabei auch viele Passagen gibt, die voller Optimismus — auch dies berechtigt — und mit einem gewissen Wunschdenken verbunden sind. Ich schließe mich vielen der kritischen Fragen, die gestern geäußert worden sind, an, bin allerdings der Meinung: Was letztlich auch immer in der Empfehlung drinsteht, die wir verabschieden — wenn mit dem Bericht erreicht wird, daß wir, die wir uns in der WEU damit beschäftigen, zu Hause in unseren nationalen Parlamenten das Problembewußtsein umsetzen, daß es hier um mehr geht als um Bewältigung von Terror, Folterung und Mord in einigen Ländern oder aber um unberechtigte Expansion in anderen, hätten wir schon sehr viel erreicht.

Es ist ein Report, der unseren Interessenlagen versucht gerecht zu werden. Es ist fraglich, ob er auch den Interessen der im arabischen Raum lebenden Völker gerecht wird. Ich nehme z. B. **Libanon**. Natürlich gehören wir mit zu denen, die bedauern, daß der Versuch des Eingriffs der USA, den viele von uns gewünscht haben, fehlgeschlagen ist. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß in das Vakuum, das die USA hinterlassen haben, vor allen Dingen Syrien eingedrungen ist. Syrien hat eine Situation der Verunsicherung geschickt ausgenutzt, vor allem im Libanon. Nur müssen wir uns zumindest darüber im klaren sein und müssen wissen, daß die Regierung, die jetzt im Libanon gebildet worden ist, eine Regierung der Gestrigen ist. Es ist eine Zusammenkunft von Herren, die sich seit Jahrzehnten blutig bekämpfen, die Familienfehden miteinander und untereinander austragen und die jetzt zum wiederholten Mal den Versuch machen, sich zusammenzusetzen, ohne dafür im Inneren eine Grundlage zu haben.

Auf der anderen Seite bildet sich im Libanon eine immer stärker werdende Opposition der jüngeren Generation heraus. Der Führer der christlichen Miliz, Adi Frem, ist nur ein Beispiel dafür. Das ist auch der Grund, daß, während die Regierung versucht, ihre Regierungserklärung zu geben, im Libanon geschossen wird und die Menschen brutal aufeinandergejagt werden.

Deshalb wage ich zu sagen, daß das, was sich im Moment im Libanon versucht, als Einigung darzustellen, nicht lange Bestand haben wird. Es kann deshalb nicht lange Bestand haben, weil der Einfluß der Syrer bei dieser Lösung sehr viel stärker ist, als es nach außen häufig dargestellt wird. Ich bedauere dies, weil nach meiner Meinung die Unterschätzung der USA im Hinblick auf die Bedeutung des syrischen Einflusses in dieser Region evident war. Das war genauso ein Fehler wie der, daß **Israel** glaubt, an Syrien vorbei Probleme lösen zu können. Das heißt aber auch nicht, daß die gewisse Einseitigkeit, mit der in diesen Leitsätzen die israelische Haltung dargestellt wird, so richtig ist.

Für uns ist es wichtig, zu wissen, daß Israel wohl das einzige demokratische Land in dieser Region ist, das unserer Gesellschaftsordnung und unseren geistigen Werten am nächsten steht. In einigen an-

deren Ländern stehen, ohne daß wir es besonders erwähnen, noch immer Folterung, Terror und Mord auf der Tagesordnung. In einem solchen Fall ist es außerordentlich schwer, gewissermaßen vom sicheren Hort aus gemächlich zu raten, daß die Israelis ihre Probleme im Vertrauen darauf, daß die Araber mit ihnen ein friedliches Arrangement suchen, lösen sollen. Wer in Israel lebt, wird es anders sehen als der, der hier in Paris Ratschläge gibt.

Dieses alles macht den Report so problematisch. Dieses alles zeigt, daß Lord Reay in dankenswerterweise einen Versuch unternommen hat, zwischen den verschiedenen Gruppen auszugleichen. Wir können nur immer wieder aus unserer Verantwortung heraus versuchen, das Beste daraus zu machen. Wer in Jordanien gesehen hat, wie dieses Land darunter leidet, daß die von Israel besetzten Gebiete quasi die Lebenskraft dieses Landes darstellen, wird volles Verständnis für die Forderung haben, daß die Israelis das Land verlassen.

Ich habe im Anschluß an die Reise nach Jordanien Beirut und Syrien besucht. Ich habe volles Verständnis für die Christen im Libanon, die, weil sie Angst um ihre Zukunft haben, dringend wünschen, daß die Israelis im Südlibanon bleiben. Andere sagen, sie müßten diese Region verlassen. Andere wiederum sagen, die Syrer hätten einen sehr starken Einfluß; sie besetzten in Wirklichkeit das Land.

Wer hat recht? Wer kann sagen, daß er aus europäischem Blickwinkel den richtigen Ratschlag gibt? Was wir als Europäer tun müssen — das ist wohl auch der Sinn dieses Reports —, ist, die Enttäuschung über das amerikanische Engagement auszugleichen, indem wir uns als Gesprächspartner für alle zur Verfügung stellen. Wenn dieser Report dazu einen Beitrag leistet, hat er seine Aufgabe erfüllt. — Schönen Dank.

Gegen einen Änderungsantrag, der den Text von Ziffer IX der nachstehenden Empfehlung 403 beinhaltet, spricht Abg. Vogt (Kaiserslautern). Er wendet sich gegen den hinzugefügten ersten Satzteil.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich meine, wenn wir es so stehenlassen, wie Lord Reay es formuliert hat, folgen wir einer weisen Beschränkung. Ich wäre z. B. in der Lage, der Formulierung von Lord Reay zuzustimmen, weil ich jederzeit die Opfer, die es im Zusammenhang mit militärischen Verwicklungen gibt, zu beklagen bereit bin. Ich kann aber aus meiner Position einer nachdrücklichen und ausführlichen Zustimmung zu dieser sogenannten Friedensintervention nicht folgen. Ich könnte, wie ich schon gesagt habe, jener sehr weisen Beschränkung, die in der Formulierung von Lord Reay liegt, zustimmen. Jenem — so möchte ich fast sagen — sehr nachdrücklichen Jubel in bezug auf solche militärischen Interventionen kann ich hingegen nicht zustimmen.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Änderungsantrag zurückzuweisen, damit — wie im Ausschuß auch — eine Annahme dieser Passage mit großer Mehrheit möglich ist.

(Der Änderungsantrag wird angenommen.)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich habe gegen diesen ganzen Empfehlungsentwurf gestimmt und möchte das begründen. Ich hätte mich vielleicht der Stimme enthalten können, wenn es bei der ursprünglichen Fassung von Lord Reay geblieben wäre. Die ursprüngliche Fassung hatte sicher einige Nachteile, insbesondere war sie zu eurozentrisch, was man an einigen Positionen nachweisen kann. Wenn man nur darauf hinweist, daß diese Konflikte die europäische Sicherheit bedrohen und daß sie die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohen, und das alles aus europäischer Sicht gesehen wird, dann ist das bedauerlich, insbesondere, wenn in einer Passage die schweren Verluste beschrieben werden, die die eigenen sogenannten Sicherheits- oder Friedenskontingente hatten, und man kein Wort über die täglichen Verluste der Zivilbevölkerung verliert. Das ist das, was ich mit Bedauern eurozentrisch nennen muß.

Auf der anderen Seite muß ich dem Entwurf von Lord Reay zugestehen, daß er in vielen Punkten eine weise Beschränkung gewählt hat, die durchaus zur Zustimmung hätte führen können. Zum Beispiel halte ich die Empfehlung 2 für sehr originell und weiterführend. Er hat darin ausgeführt, daß sich das **Amt für Rüstungskontrolle** mit den chemischen Waffen beschäftigen soll sowie mit der Frage, welche Mitgliedsländer der **WEU** eventuell solche Waffen dorthin geliefert haben. Ich finde es richtig, daß man so etwas anregt.

Allerdings ist wiederum bedauerlich, daß dieser mit Worten kaum zu schildernde Einsatz von chemischen Waffen, diese abscheuliche Tat, hier nur so staatsmännisch erwähnt worden ist.

Ich meine aber — und das mußte zur Ablehnung des ganzen Entwurfs führen —, daß Herr Cavaliere leider das, was positiv war, mit seinem Amende-ment Nr. 1 zunichte gemacht hat. Wir sagen im Deutschen dazu: Er hat es nicht verbessert, sondern er hat es verschlimmbessert. Er hat dazu beigetragen, daß die Intervention mit militärischen Mitteln hier noch einmal ausdrücklich belobigt werden sollte. Ich meine, daß es für die weitere Entwicklung der Länder der Europäischen Gemeinschaft und der Westeuropäischen Union nicht gut ist, daß sie sich zu sehr daran gewöhnen, daß sogenannte Friedensmissionen mit Waffen geschehen. Ich meine, schon deswegen war es aus der Sicht eines Zivilisten, eines nicht militärisch gesonnenen Menschen nötig, das Ganze abzulehnen.

Danke schön.

Empfehlung 403

betr. die Lage im Nahen und Mittleren Osten und die europäische Sicherheit

Die Versammlung

- (i) verweist auf ihre Empfehlungen 341, 349, 361, 371, 386 und 389;
- (ii) vertritt die Ansicht, daß die bewaffneten Konflikte im Nahen und Mittleren Osten

eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit Europas darstellen;

- (iii) vertritt insbesondere die Ansicht, daß die ernsthafte Gefahr einer Eskalation des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak besteht, wodurch die Stabilität der Region und die Weltwirtschaft weiter gefährdet werden;
- (iv) vertritt die Ansicht, daß der Einsatz von chemischen Waffen durch die eine oder andere kriegführende Partei die Achtung der internationalen Konventionen in allen internationalen Konflikten ernsthaft bedroht;
- (v) verurteilt ferner den Einsatz von Kindern in einer kriegführenden Armee und die Mißhandlung von Gefangenen;
- (vi) vertritt die Ansicht, daß die Lage im Libanon weiterhin internationale Krisen auslösen kann und daß dieses Risiko bestehen bleibt, solange sich ein Teil des Landes unter Fremdherrschaft befindet;
- (vii) vertritt die Ansicht, daß die Lage im Libanon nicht einzig und allein und nicht einmal in erste Linie unter dem Aspekt des Ost-West-Konflikts gesehen werden darf;
- (viii) begrüßt die Bildung einer Regierung im Libanon, die das demographische Kräfteverhältnis und die Rechte der verschiedenen politischen und anderen Elemente dieses Landes widerspiegelt;
- (ix) würdigt die von Einheiten der multinationalen Friedenstruppe wahrgenommene Friedensmission und bedauert die schweren Verluste, die zwei dieser Einheiten erlitten haben;
- (x) ist überzeugt, daß alle ausländischen Truppen, mit Ausnahme derjenigen der Vereinten Nationen, den libanesischen Boden vollständig verlassen sollten;
- (xi) vertritt die Ansicht, daß der Teufelskreis von Terrorismus und Unterdrückung sowie die Errichtung von Siedlungen die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten behindern, der vielmehr folgendes erfordert:
 - die Anerkennung des Rechts Israels auf eine Existenz innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen durch all diejenigen, die dies bisher noch nicht getan haben, insbesondere die Mehrzahl der arabischen Staaten und die PLO,
 - die Anerkennung durch Israel, daß die Mehrheit des palästinensischen Volkes die PLO unter ihrer derzeitigen Führung noch immer als ihren Vertreter ansieht und daß dieses Volk ein Recht auf ein eigenes Heimatland hat;
- (xii) begrüßt die Verbesserung der Beziehungen zwischen der PLO und Jordanien im Hinblick auf die Lösung des palästinensischen Problems;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. die Politiken, die die Mitgliedsländer gegenüber dem Iran und dem Irak verfolgen, zu koordinieren, um sicherzustellen, daß keine Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Verlängerung des Konflikts beitragen könnten, und zur Wiederherstellung des Friedens zwischen diesen beiden Ländern beizutragen;
2. zur Bestätigung von Erklärungen der Mitgliedsländer, daß sie den kriegführenden Parteien weder direkt noch indirekt chemische Waffen geliefert hätten, das Amt für Rüstungskontrolle anzuweisen, derartige Erklärungen von Mitgliedsländern zu überprüfen;
3. auf dem vollständigen Abzug aller ausländischen Streitkräfte, mit Ausnahme derjenigen der Vereinten Nationen, aus dem Libanon in Anwendung der Entschließungen 508 und 509 der Vereinten Nationen zu bestehen;
4. den gemeinsamen Standpunkt der westeuropäischen Länder, wie ihn die Zehn im Juni 1980 in ihrer Erklärung von Venedig zum Ausdruck gebracht haben, feierlich zu bekräftigen und insbesondere:
 - a) daran zu erinnern, daß die Stabilität im Nahen Osten einerseits von der Anerkennung Israels und seiner Rechte durch die PLO und alle Nationen und andererseits von der Anerkennung durch Israel, daß das palästinensische Volk ein Recht auf ein eigenes Heimatland hat und durch die PLO vertreten wird, abhängt;
 - b) seine Verurteilung der Siedlungspolitik zu wiederholen, die Israel seit 1967 in den besetzten Gebieten verfolgt, und dieses Land vor jeder erneuten Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus diesen Territorien zu warnen.

Tagesordnungspunkt:

Abschreckung und der Wille des Volkes

(Drucksache 970)

Berichterstatter: Abg. Lagorce (Frankreich)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in dem Bericht unseres verehrten Kollegen Lagorce etwas über Abschreckung und Gleichgewicht der Kräfte lesen und hören, dann sind wir uns sicher bewußt, daß genau dieser Punkt es ist, der uns im Grunde genommen in der langen Zeit von vier Jahrzehnten den Frieden in Europa erhalten hat.

Wir haben seit 1945, also seit dem Zweiten Weltkrieg, rund 20 Millionen Kriegstote zu verzeichnen gehabt. Es gab diese Kriegstoten nicht in Europa.

Es gab sie in Asien, in Afrika und auf anderen Kontinenten. Daß wir diese Kriegstoten in Europa nicht hatten, daß wir hier Frieden hatten, war nicht etwa einer Friedensbewegung zu verdanken, sondern einzig und allein dem Paktsystem, dem **Gleichgewicht** und auch der **Abschreckung**, die hier in Europa funktioniert hat.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der Begriff „Friedensbewegung“ wird in der Welt sehr unterschiedlich definiert und interpretiert. Ich hatte das Vergnügen, in der Zeitschrift „Rote Blätter“ der Studentenorganisation „Spartakus“ — das ist die DKP-Studentenorganisation in der Bundesrepublik — einen Aufsatz über die Friedensbewegung in der Sowjetunion zu lesen. Ich möchte Ihnen den besten Satz aus diesem Aufsatz nicht vorenthalten. Es war dort zu lesen, daß sich die wirkungsvolle Tätigkeit der **Friedensbewegung in der Sowjetunion** in Sonderschichten am Wochenende für die Rüstungsindustrie zeigt. Das verdeutlicht, wie „Friedensbewegung“ in Ost und West interpretiert wird. Bei einer derartig unterschiedlichen Einstellung zu dem, was man unter „Friedensbewegung“ versteht, ergibt sich, daß die Friedensbewegung in dem einen Falle rüstungssenkend wirkt, während sie in dem anderen Falle eben nicht rüstungssenkend, sondern Ansporn zu Überrüstung ist. Bei dem letztgenannten Zustand kann man sich Chancen ausrechnen, ein Übergewicht zu bekommen.

Ich muß auch den Kollegen Gianotti korrigieren, der vorhin hier sprach und zum Ausdruck brachte, daß es einen Vorschlag der Sowjetunion gegeben hätte, sozusagen einseitig abzurüsten und ein Gleichgewicht herzustellen, nämlich bei der Aufstellung der SS-20-Raketen. Die Sowjetunion hat lediglich gesagt, daß sie ihre Abschußvorrichtungen und ihre Sprengköpfe in Europa zu jenem bestimmten Zeitpunkt auf ein bestimmtes Niveau bringen möchte. Die Raketen sollten aber nicht etwa verschrottet, sondern in andere Teile der Sowjetunion verbracht werden.

Man muß mit dem, was die Sowjetunion zur Abrüstung sagt, überhaupt vorsichtig sein. Sie hat darauf hingewiesen, daß zur Zeit Breschnews ein Gleichgewicht vorhanden war. Dieses Gleichgewicht ist durch die einseitige Überrüstung der Sowjetunion inzwischen aber nicht mehr vorhanden.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß wir einen NATO-Doppelbeschluß gefaßt haben, d. h. einen Beschluß, der von einem Verhandlungsangebot ausgeht, aber gleichzeitig besagt: Wenn diese Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, muß das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Dies wird übrigens von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor gebilligt. Am letzten Sonntag fand in München, wie in der ganzen Bundesrepublik, eine Abstimmung darüber statt — von der Friedensbewegung organisiert —, ob man gegen oder für den NATO-Doppelbeschluß sei. Von 800 000 Wahlberechtigten haben sich in München ganze 35 000 an dieser Abstimmung beteiligt. Manche wurden sogar gezwungen, abzustimmen; sie beschwerten sich bei der Polizei, daß sie von Friedensfreunden aggressiv

angegangen worden seien, um an der Abstimmung teilzunehmen.

Ich möchte auch an das anknüpfen, was die Kollegin Knight zu Afghanistan gesagt hat. Auch an dieser Stelle möchte ich aus einer kommunistischen Zeitung zitieren. Norman Paech, Vorsitzender der „Demokratischen Juristen“ in der Bundesrepublik, erklärte in einer kommunistischen Zeitschrift in der Bundesrepublik, die sowjetischen Truppen hätten deswegen nach Afghanistan kommen müssen, um dort die Menschenrechte wiederherzustellen, die in diesem Land nicht vorhanden gewesen wären. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, allein dieses Beispiel zeigt, daß nur das Gleichgewicht der Kräfte die Freiheit bewahren kann. Ich möchte nicht meine Menschenrechte in der Bundesrepublik durch sowjetische Truppen gesichert bekommen.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich wende mich direkt an den Berichterstatter, Monsieur Lagorce, und möchte ihm sagen, daß ich es immer als besonders schmerzlich empfinde, wenn er von der Gefahr des Pazifismus oder des Neutralismus spricht, und zwar in einer Weise, als gäbe es keine grundlegenden Gefahren oder als sei der Ausgangspunkt dafür, daß es in Europa in nennenswertem Ausmaß einen Pazifismus gibt, nicht gerade der Umstand, daß die Menschen über die Art der Waffen und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, außerordentlich beunruhigt sind. Ich halte es, anders gesagt, als ein Anhänger der **Friedensbewegung** für eine arge Zumutung, bei einer solchen Berichterstattung hier immer von der angeblichen Gefahr des Pazifismus zu sprechen.

Herr Lagorce bezieht sich des weiteren auf die Abschreckung. Er sagt, das Fundament der europäischen Verteidigung oder überhaupt der Verteidigung im Bündnis müsse die Abschreckung sein. Ist Ihnen denn nicht bewußt, Herr Lagorce, daß gerade der von Ihnen so beklagte Pazifismus u. a. deswegen so stark zugenommen hat, weil die Menschen in Europa und anderswo an die Verheißung, daß es Sicherheit durch Abschreckung gebe, nicht mehr glauben? Ist Ihnen denn nicht bewußt, daß es bestimmte Regierungen waren — voran die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika —, die durch verbale und tatsächliche Beiträge Zweifel hinsichtlich des Fortbestands der Abschreckung gesät haben, die durch die Einführung von neuartigen Waffensystemen und die Prophezeiung von völlig neuartigen Konstellationen sozusagen den Grundpfeiler des Gedankens der **Abschreckung**, nämlich die glaubwürdige Androhung, jederzeit zu einem Zweitschlag in der Lage zu sein, zerstört haben? Dazu kam es, weil Systeme eingeführt wurden, die den Gegner nicht nur am Boden, sondern buchstäblich im Boden zerstören können. Durch diese Systeme können nämlich jene Systeme zerstört werden, die die Grundlage für die Zweitschlagsfähigkeit sind. Ich möchte mich jetzt nicht militärtechnisch und im Detail auf diese Frage einlassen. Wohl aber möchte ich daran erinnern, daß wir es hier, was die Waffenentwicklung angeht, mit einem Grenzübergang zu tun haben, der durchaus an die

Ablösung der Rittersrüstung durch die Feuerwaffe erinnert. Der Panzer der Zweitschlagsfähigkeit ist sozusagen durchbrochen und das Gleichgewicht hat seinen Schrecken bzw. der Schrecken sein Gleichgewicht verloren. Das ist doch die Ausgangslage, die eine zusätzliche arge Beunruhigung der Bevölkerung bewirkt hat.

Angesichts dessen erscheint es mir naiv, immer wieder auf die Rückkehr zum Gleichgewicht des Schreckens zu pochen. Dies ist genauso, als wenn die Ritter des Mittelalters auf der Rückkehr zu gewissen sportlichen Auseinandersetzungen beharrt und gesagt hätten, es sei außerordentlich unfair, nun die Feuerwaffe einzuführen.

In diesem Zusammenhang ist es auch auffällig, daß Sie gerade die Waffen, die eine Neigung zur Auflösung des Rüstungsgleichgewichts mit sich gebracht haben, nämlich die Pershing II und die Cruise Missiles, hier ausdrücklich begrüßt haben, daß Sie diese Waffen auch noch positiv betrachten. Sie haben zwar verbal — auch in Ihrem Bericht und den Empfehlungen — von Abrüstung gesprochen. Sie haben gesagt, die Überrüstung müsse verhindert werden. Sie haben dies aber in den alten Formeln getan, denen doch in Europa und auch anderswo niemand mehr vertrauen kann. Sie haben indirekt die Formel von **Abrüstung durch Aufrüstung** angesprochen, indem Sie auf die NATO-Nachrüstung hingewiesen haben. Sodann haben Sie eine monströse Formel gefunden, die aus der Sicht eines Rüstungsgegners und eines Anhängers der Friedensbewegung ebenfalls sehr wehtun muß. Sie brachten die monströse Wortkombination von der pazifistischen Abschreckung. Wenn Sie schon sozusagen friedliche Wege, zivile Wege gehen wollen, dann lassen Sie doch bitte den Begriff „Abschreckung“ weg. Versuchen Sie, doch einmal zu prüfen, ob nicht „la persuasion plus convaincante que la dissuasion“ wäre, ob nicht die Überzeugung mehr bewirken kann als die Abschreckung oder, um es noch weitergehend zu formulieren, ob es nicht besser wäre, ein Konzept der Anfreundung statt eines Konzeptes der Abschreckung anzustreben. Aus Zeitgründen kann ich darauf nicht im einzelnen eingehen.

Wenn Sie aber immer wieder auf Abrüstung zu sprechen kommen, dann möchte ich Sie und die gesamte Versammlung bitten, sich einmal Gedanken darüber zu machen, durch welche neuen politischen Konzepte man den Einstieg in die Abrüstung finden kann. Mit den alten, hier immer wieder gebetsmühlenartig wiederholten Formeln von der gleichzeitigen, gleichwertigen und ausgewogenen Abrüstung wird dieser Einstieg nicht erreicht. Das hat noch nie geklappt, genausowenig wie zwei verklemmt höfliche Deutsche jemals gemeinsam durch eine Tür gekommen sind. Ich schlage vor, das Konzept zu wählen, das die Friedensbewegung entwickelt hat, nämlich eine **Politik der kalkulierten Vorleistungen**.

Herr Präsident, ich komme zum Schluß. In diesem Zusammenhang möchte ich all denjenigen widersprechen, die — wie dies auch in Ihrem Bericht und ebenso bei Herrn Müller geschieht — der Friedensbewegung ständig eine Steuerung durch Moskau

unterstellen und vorwerfen. Ich meine, es wäre zu prüfen, ob das holländische Beispiel, jetzt wenigstens einen Zeitgewinn von zwei Jahren anzustreben, nicht zumindest unter dem Aspekt der Politik der kalkulierten Vorleistungen gewürdigt werden kann, und ob man nicht analog von der DDR und der Tschechoslowakei fordern müßte, die sogenannten Gegenmaßnahmen ebenfalls um zwei Jahre zu verschieben. — Danke schön.

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Kollegen Lagorce sehr herzlich zu seinem Bericht gratulieren. Ich glaube auch, daß es gut war, daß gerade zu diesem Thema ein französischer Kollege die Berichterstattung übernommen hat; denn wir wissen alle, daß die öffentliche Auseinandersetzung über die Verteidigungskonzeption der Nachrüstung in Frankreich sehr viel weniger heftig als bei uns in der Bundesrepublik Deutschland geführt worden ist. Wir wissen, daß diese Auseinandersetzung in Deutschland gerade im Vorfeld der Wahl vor gut einem Jahr besonders heftig war, und bei der Bestätigung des NATO-Doppelbeschlusses wurde diese Diskussion noch einmal wiederholt.

Der Bericht weist zutreffend darauf hin, daß die Bewegungen, die sich weithin **Friedensbewegungen** nennen, zwei völlig unterschiedliche Quellen haben, von dem die eine wirklich die Sorge, das Unbehagen über die Steigerung, die stete Zunahme des Waffenpotentials widerspiegelt — das ist die eine Quelle —, während die andere Quelle darin besteht, daß diese Bewegungen von denjenigen unterstützt werden, denen diese Bewegungen objektiv nutzen, und das ist die Sowjetunion. Herr Kollege Vogt, Sie haben das gerade schon aus Ihrer Sicht angesprochen, und Sie haben das als einen bösen Vorwurf bezeichnet. Ich kann hier nur das wiederholen, was auch oft im Deutschen Bundestag gesagt worden ist. Niemand wirft den GRÜNEN, der Friedensbewegung, nicht allen Mitgliedern oder etwa Ihnen persönlich, vor, Sie seien vom Osten gesteuert. Es gibt genügend Bürger in dieser Friedensbewegung, die dort mitarbeiten, die davon völlig frei sind; aber es ist eine objektive Tatsache — das sollte man hier einmal sagen, und das sagt auch der Verfassungsschutzbericht der deutschen Bundesregierung, eine völlig objektive Feststellung, aus —, daß Gelder der Sowjetunion auch in diese Bewegung geflossen sind und weiter fließen. Man muß sich vom Standpunkt der Sowjetunion auch fragen, warum das nicht geschehen sollte. Wenn diese Bewegungen der Sowjetunion objektiv nutzen, weil sie diese politische Linie verfolgen, weil sie die Gefahr aus dem Osten verharmlosen, wenn es objektiv so ist, kann man es der Sowjetunion nicht verübeln, daß sie diese Bewegung auch tatsächlich stützt. Das geschieht unabhängig davon, ob diese Hilfe einzelnen in der Bewegung angenehm oder nicht angenehm ist. Im Hintergrund muß man immer sehen, daß diese Hilfe geleistet wird.

Angesichts der Kürze der Zeit will ich nur noch eine weitere Bemerkung zum Verhältnis zu den USA machen. Der Kollege Lagorce hat darauf hingewie-

sen, daß gerade von der Friedensbewegung sehr oft gesagt wird: Im entscheidenden Moment werden euch die Amerikaner im Stich lassen; die USA haben eine geänderte Strategie. Wir sollten alle nicht vergessen — das wissen wir in der Bundesrepublik Deutschland besonders gut —, daß Hunderttausende von US-Bürgern, von Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien stationiert sind. Solange wie wir diese Truppen in der Bundesrepublik Deutschland und überhaupt in Europa haben und je größer diese Einheiten sind, desto kleiner ist die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Europa im Falle eines Angriffs im Stich lassen.

Die zweite Bemerkung: Sie haben am Ende Ihres Berichts davon gesprochen, daß die **WEU** das eine Bein, das europäische Bein, der NATO sein solle. Ich glaube, wir sind alle dieser Meinung, aber wir sind, glaube ich, auch der Meinung — darauf muß man immer wieder hinweisen —, daß dieses europäische Bein der NATO nur so lange ein gutes Bein, eine Stütze der NATO ist, wie ihr Ausbau — das gilt auch für die Aufwertung der WEU — in völliger Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten erfolgt. Eine Aufwertung der Westeuropäischen Union darf sich niemals gegen die Vereinigten Staaten vollziehen und wird sich, glaube ich, auch niemals gegen die Vereinigten Staaten vollziehen; denn dann würde unsere Sicherheit nicht gefördert, sondern auf diese Weise zusätzlich gefährdet. — Vielen Dank.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier als deutscher sozialdemokratischer Parlamentarier, der zugleich Reserveoffizier in seinem Lande ist und der eine ganze Reihe von harten Auseinandersetzungen mit Teilen der **Friedensbewegung** geführt hat, sprechen. Dies alles legitimiert mich aus meiner Sicht zu der Aussage, daß der vorliegende Bericht des Kollegen Lagorce eher von einer Fata Morgana als von den tatsächlichen Vorgängen, um die es geht, spricht. Ich vermute, er spricht Dinge in der Bundesrepublik Deutschland an. Ich weiß allerdings nicht genau, von welchem Land er eigentlich spricht. Die Bundesrepublik Deutschland kann er eigentlich nicht gemeint haben, wenn man die tatsächlichen Vorgänge betrachtet. Ich weiß auch nicht genau, von welcher Friedensbewegung er spricht, denn so, wie ich sie kennengelernt habe, sieht sie in großen Teilen ganz anders aus, als es hier dargestellt wurde.

Was in dem Bericht steht, trifft auf einige extreme Gruppen zu. Aber der Leser hat den Eindruck, deren Betätigung sei mit dem identisch, was in unserem Lande oder in den Ländern, in denen neue Kernwaffen stationiert werden sollen, vorgeht. Insofern wird ein Pappkamerad aufgebaut. Aus all diesen Gründen halte ich diesen Bericht für nicht gut. Er ist meines Erachtens das Gegenteil von ausgezeichnet. Um es unumwunden auszudrücken — ich hoffe, der Herr Kollege Lagorce verzeiht mir das —: Er ist teilweise eine inhaltliche Katastrophe.

Ich will das inhaltlich begründen. Es geht bei dem, was tatsächlich vorgegangen ist, bei dem Protest gegen Atomwaffen, nicht in erster Linie um die Frage, daß das Gleichgewicht nicht mehr akzeptiert wird. Es geht nicht um Vorleistungen oder Naivität gegenüber der Sowjetunion. Die Kernfrage, um die es geht, ist vielmehr die Frage der Atomwaffen, die Frage ihres Stellenwerts, der aus ihnen resultierenden Gefährdung bzw. auch Selbstgefährdung für die Länder, in denen Atomwaffen stationiert werden. Wir sollten jetzt nicht hinter Entwicklungen und Diskussionen zurückfallen, die inzwischen schon jahrzehntelang selbstverständlich waren.

Nicht jeder, der sich gegen Atomwaffen ausspricht, ist deswegen schon ein Pazifist. Sind denn die über hundert Länder, die den **Kernwaffensperrvertrag** unterzeichnet haben und damit auf den Besitz von Kernwaffen verzichten, aus diesem Grunde bereits Pazifisten? Diese Länder wissen doch, warum sie auf Kernwaffen verzichten. Sie haben es gewußt und wissen es noch heute. Sie sind ja in großer Sorge darüber, daß die Zahl der Kernwaffenstaaten sich ausweiten könnte, weil die Atommächte, soweit sie diesen Vertrag unterschrieben haben, ihre Verpflichtung aus Art. 6 nicht eingelöst haben, nämlich ihrerseits atomar abzurüsten.

Ich halte es auch für überhaupt nicht gut, etwa die Bewegungen in den osteuropäischen Ländern im Grunde genommen ebenso als pazifistische Gefahr hinzustellen. Man hat fast den Eindruck, als würde hier in diesem Bericht über Bewegungen gegen Atomwaffen genauso geredet, wie die östlichen Machthaber in ihrem eigenen Lande gegenüber Protestgruppen mit Bezug auf Atomwaffen reden. Die Gleichstellung, die hier vollzogen wird, geht völlig an der Sache vorbei.

Bei der Frage des **NATO-Doppelbeschlusses** ging es im Kern um den militärischen Teil dieses Doppelbeschlusses, nämlich die Stationierung von Atomwaffen mit eurostrategischer Bedeutung in dichtbesiedelten Ländern Westeuropas — so, als wäre dies der einzige Weg zur Herbeiführung eines Verhandlungsausgleichs oder zur Herstellung eines Gleichgewichts. Wir alle wissen als Experten auf diesem Gebiet, daß das zweifellos nicht der einzige Weg ist. Die Tatsache, daß man sich für diesen Weg entschieden hat, hat doch aber den Protest ausgelöst. Insofern war es ein Protest gegen den NATO-Doppelbeschuß in der vorliegenden Form.

Was ist — dies möchte ich an dieser Stelle den Kollegen Lagorce fragen — eigentlich schwerwiegend: der Austritt eines NATO-Mitgliedslandes aus der militärischen Integration der NATO, wie ihn Frankreich vollzogen hat, oder der Protest gegen einen Beschluß der NATO? So weit wie Frankreich ist noch keiner gegangen. Trotzdem haben wir uns doch nicht angemaßt, die Motive, die für Frankreich maßgeblich waren, als pazifistisch, als neutralistisch oder als irgendwie gefährlich zu deklarieren. Insofern ist das, was jetzt in anderen westeuropäischen Stationierungsländern geschieht, im Vergleich zu der französischen Entscheidung in den 60er Jahren ein Problem von einer sehr viel gerin-

geren Größenordnung. Um so mehr Anlaß besteht, es differenziert zu betrachten.

Wir wissen alle, daß von Atomwaffen mit strategischer Bedeutung vor allem auch eine **Selbstgefährdung** ausgeht. Atomwaffen sind immer zugleich erstrangige Ziele des jeweiligen Gegners. Diese Selbstgefährdung kommt in einem Land wie etwa der Bundesrepublik Deutschland insbesondere im Protest zum Ausdruck. Die Bundesrepublik Deutschland hat schließlich heute schon auf engem Raum die größte Ansammlung von Atomwaffen, die auf der Welt überhaupt existiert. In Utah und Nevada, zwei amerikanischen Bundesstaaten, die von der Fläche her zusammen dreimal so groß sind wie die Bundesrepublik, aber nur drei Millionen Einwohner zählen, hat niemand gesagt, der Protest gegen die MX-Stationierung dort sei Ausdruck von Pazifismus oder Neutralismus. Niemand sagt, die Tatsache, daß die neuen französischen Kernwaffen auf U-Booten stationiert werden, sei Ausdruck von Pazifismus oder Neutralismus. Sie ist vielmehr Ausdruck der Sorge, daß man mit Atomwaffen, die auf dem französischen Festland stehen, sich selbst zu sehr gefährden könnte. Die britischen Atomwaffen werden auf U-Booten stationiert. Zwei Drittel des amerikanischen Potentials werden auf U-Booten stationiert, um damit dem Selbstgefährdungsrisiko entgegenzuarbeiten. Um diese Frage, an welcher Stelle, in welcher Form strategische Prioritäten gesetzt werden sollen, ging es bei der ganzen Auseinandersetzung in starkem Maße.

Als Ende der 50er Jahre Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik stationiert werden sollten, hat Adenauer einmal gesagt, die Bundesrepublik sei zu klein für solche Waffen. Genau diese Motive eines in dieser Frage ja wohl völlig unverdächtigen Staatsmannes haben den Großteil der außenparlamentarischen Bewegung gegen die Atomwaffen in der Bundesrepublik geprägt, zumal in einer Situation, Herr Kollege Lagorce, in der die von Ihnen angesprochenen Bedenken gegen die neuen amerikanischen air-land-battle-Konzepte — ich verweise auf Punkt 8 Ihres Berichtes — natürlich mit einer zentralen Rolle spielten, weil wir davon ausgingen, daß sich die politischen und militärischen Voraussetzungen des NATO-Doppelbeschlusses durch einseitige amerikanische konzeptionelle Veränderungen der Heeresdienstvorschriften verändert haben.

Alles dieses spiegelt die tatsächliche Situation in unserem Lande wider. Umfragen in der Bundesrepublik haben bei 70 % der Bevölkerung eine Ablehnung jener Atomwaffen, über die wir nicht selbst verfügen, bei 80 % der Bevölkerung aber eine Zustimmung zur NATO ergeben. Das zeigt, daß wir nicht ein Anti-NATO-Potential herbeireden sollten. Wir sollten vielmehr aus den Bedenken, die es in großen Teilen der Bevölkerung gegenüber einer weiteren Ansammlung von Atomwaffen gibt, die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Wir sollten froh sein, daß wir eine demokratische Bevölkerung haben, die ihren Willen zum Ausdruck bringt.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! In der ersten deutschen Republik gab es einen ausgezeich-

neten Publizisten namens Leopold Schwarzschild, der in Berlin eine Zeitschrift herausgab, die den Namen „Das Tagebuch“ führte. Leopold Schwarzschild mußte 1933 emigrieren und hat hier in Paris eine zweite Zeitschrift publiziert. Sie hieß „Das neue Tagebuch“. Er hat in dieser Zeitschrift schon kurz nach der Machtübernahme Hitlers nicht nur herausgefunden, mit welchen Methoden und mit welchen Mitteln Hitler den Zweiten Weltkrieg finanzieren wollte, sondern er hat sich in seiner Zeitschrift auch sehr intensiv um die damalige **Friedensbewegung** gekümmert.

Er hat sehr sorgfältig analysiert, welche Gruppierungen sich für einen Stopp der Rüstung in den demokratischen Staaten einsetzten. Er hat registriert, mit welchen Argumenten sie vorgingen. Eine seiner Analysen, die er mit grausamer Klarheit geschrieben hat, lautete, daß sehr viele, die als Demokraten gegen Hitler waren, sehr viele Demokraten, die nicht daran dachten, sich in irgendeiner Form für den Nationalsozialismus zu begeistern, dessenungeachtet durch ihre Politik, durch ihre Art der Friedensbewegung den Nationalsozialismus förderten und unbewußt auf einen neuen Weltkrieg hinarbeiteten.

Ich glaube, man muß sich daran erinnern, wenn man über die heutige Friedensbewegung spricht. Ich bin ebenfalls der Überzeugung, daß der größte Teil der Mitglieder der sogenannten Friedensbewegung mit dem Totalitarismus in der Sowjetunion und im Sowjetblock nichts zu tun hat. Ich kann dies einfach auf Grund der vielen Diskussionen, die wir mit Anhängern der Friedensbewegung geführt haben, sagen. Aber ich glaube, das ist auch gar nicht die eigentliche Frage. Die Frage lautet: Was kommt aus dieser Friedensbewegung heraus, welches Resultat kann sie haben, selbst wenn man dort reinen Herzens in die Friedensauseinandersetzung geht? Ich fürchte eben, daß das, was Leopold Schwarzschild in den 30er Jahren für die Friedensbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg schrieb, eine ähnliche Bedeutung haben könnte, wenn man seine Art der Argumentation auf die neue Friedensbewegung anwendet.

Meine Damen, meine Herren, es ist hier heute abend schon mehrfach gesagt worden, die Friedensbewegung habe mit dem Kommunismus eigentlich überhaupt nichts zu tun. Ich bin sicher — ich habe das eben schon gesagt —, es ist nicht die Mehrheit, die dort für den Kommunismus arbeitet.

Ich bitte aber alle diejenigen, die sich selbst als Anhänger einer Friedensbewegung fühlen, ein bißchen kritischer gegenüber der eigenen Bewegung zu sein. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die kommunistischen Gruppierungen zwar von der Zahl der Mitglieder her nicht groß sind, daß aber durch den sehr hohen Organisationsgrad und durch die Mittel, die diese Gruppierungen in die Friedensbewegung einbringen können, ihr Einfluß sehr viel größer wäre, als man erwarten könnte.

Ich bitte deswegen nicht so zu tun, als sei man sehr sorgfältig sozusagen chemisch getrennt von denen, die gar nicht den Frieden insgesamt wünschen, son-

dern die allenfalls einen sowjetischen Frieden in Europa haben möchten. Wenn der Herr Kollege Scheer eben darauf hingewiesen hat, sehr viele, die sich zur Friedensbewegung bekennen, seien keine Pazifisten, dann glaube ich, dies trifft in der Tat für die deutschen Sozialdemokraten zu, die mit dem Ausscheiden aus der Regierung auch ihre politische Einstellung gegenüber der Friedensbewegung radikal geändert haben und die sich plötzlich, nachdem sie zunächst für den NATO-Doppelbeschluß waren, nachdem sich ihr damaliger Bundeskanzler geradezu als Vater des NATO-Doppelbeschlusses bekannt hat, mit aller Energie dagegen aussprechen. Ich bin davon überzeugt, daß diese Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei keine Pazifisten sind. Ich bin genauso davon überzeugt, daß sie ihre Meinung wieder ändern werden, wenn sie in einem Jahrzehnt erneut in die Bundesregierung zurückkehren. —

Meine Damen, meine Herren, meine Sorge ist auch gar nicht die Friedensbewegung als solche. Wir erleben dort rigorose ethische Forderungen, wir erleben religiöse Überzeugungen ebenso wie modische Dekadenz. Ich glaube, dies ist eine Bewegung, die sehr viel weiter geht als nur um die Frage des Friedens. Wir müssen vielleicht über die Gesamtsituation unserer Demokratien sprechen, wenn wir die Friedensbewegung richtig bewerten wollen.

Meine Sorge ist also nicht die Friedensbewegung als solche. Ich bin besorgt, die Sowjetunion könne aus der Existenz und der Lautstärke einer solchen Friedensbewegung falsche Schlüsse ziehen, nämlich die Schlüsse, daß sie nun selbst nicht abrüsten müsse, weil die Friedensbewegung solange in Westeuropa und auch in den USA trommeln werde, bis die einseitige Abrüstung des Westens allein erfolge. Ich fürchte, daß dann die Möglichkeit eines Drucks auf Westeuropa und später vielleicht auch auf die Vereinigten Staaten an Stelle einer kriegerischen Auseinandersetzung genau das bringen könnte, was die Sowjetunion selbst einmal möchte. Es stört mich also nicht — ich sage es noch einmal — die kämpferische Militanz, mit der man hier innerhalb der Friedensbewegung für den Frieden eintritt; es stört mich da mehr, was möglicherweise als Konsequenz herauskommt.

Daher, meine Damen, meine Herren, kann ich das harte Urteil meines sozialdemokratischen Kollegen Scheer an dem Bericht seines sozialistischen Kollegen Lagorce nicht teilen und darf ankündigen, daß ich sowohl dem Bericht als auch dem Entschließungsentwurf meine Zustimmung geben werde.

(Der Bericht wird an den Ausschuß zurückverwiesen.)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, Baroness Young.

(Themen: Rüstungskontrollverhandlungen; Ost-West-Beziehungen; Durchführung des NATO-Dop-

pelbeschlusses; die Rolle der WEU im Nordatlantischen Bündnis; die WEU-Verträge)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Lady Young, Ihre Regierung bringt öfter allgemeine Anmerkungen zur Abrüstung. Meine konkrete Frage ist, ob Ihre Regierung über die allgemeinen Bemerkungen, die auch bei Ihnen wieder angeklungen sind, irgendwelche neuartigen Konzepte hat, wie sie meint zur **Abrüstung** zu kommen bzw. Fortschritte im Bereich der Abrüstung in die Wege leiten zu können.

Meine zweite Frage lautet: Wie steht Ihre Regierung zu dem Wunsch der deutschen Regierung, die Rüstungsrestriktionen des Pariser Vertrags von 1954, soweit sie die Bundesrepublik betreffen, abzubauen? Was würde dann nach der Auffassung Ihrer Regierung aus dem **Rüstungskontrollamt** in Paris werden? Können Sie sich vorstellen, daß sich Ihre Regierung für den Ausbau dieses Amtes zu einem Amt für Abrüstung in Europa einsetzt? Das wäre dann ja ein konkreter Beitrag zur Abrüstung als die allgemeineren Worte.

Schließlich die letzte Frage: Wenn die Rüstungsrestriktionen in bezug auf die Bundesrepublik abgebaut sind, wie weit könnte nach Ihrer Meinung eine **rüstungspolitische Zusammenarbeit** auch aus der Sicht Ihrer Regierung in Europa gehen? Würde diese rüstungspolitische Zusammenarbeit beispielsweise in der einen oder anderen Form auch Atomwaffen einschließen?

Staatsminister Baroness Young erwidert, die britische Regierung begrüße die Aufhebung der genannten Restriktionen des geänderten Brüsseler Vertrages. Die Zukunft des Rüstungskontrollamtes werde sich aus den jetzt laufenden Untersuchungen zu dieser Frage ergeben. Hinsichtlich der Abrüstung unterstütze die britische Regierung ausgewogene und verifizierbare Maßnahmen, wie sie in der Politik des NATO-Doppelbeschlusses angestrebt werden; insbesondere habe sie den US-Vorschlag der Null-Option einschließlich seiner modifizierten Formen befürwortet und sei an einem Verbot chemischer Waffen interessiert.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Lady Young, ich hatte eine konkrete Frage im Zusammenhang mit künftigen **Rüstungskooperationen** gestellt. Ich hatte gefragt, bis zu welcher Grenze dies gehen würde und inwieweit dabei auch atomare Waffen in der einen oder anderen Weise eingeschlossen wären, wenn Sie dabei an die Bundesrepublik Deutschland denken. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

Zweitens möchte ich Sie daran erinnern, daß ich nach neuen Konzepten der **Abrüstung** gefragt habe. Sie haben mit dem Hinweis auf die NATO-Nachrüstung geantwortet.

Staatsminister Baroness Young bedauert, nicht alle Teile der Frage beantwortet zu haben. Es handele sich um Themen, über die Untersuchungen noch im Gange seien.

Mittwoch, 20. Juni 1984

Tagesordnungspunkt:

Der Stand der europäischen Sicherheit

(Drucksache 971)

Berichterstatter: Sir Dudley Smith
(Vereinigtes Königreich)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß die Sitzung gestern abend die Kollegen so außerordentlich erschöpft hat, daß sie die Möglichkeit, hier heute zu sprechen, nicht wahrnehmen können. Die Frage, die gestern abend in einer sehr dramatischen Sitzung aufgeworfen worden ist, könnte auch heute gestellt werden. Ich meine die Frage nach dem Quorum. Ich nehme an, daß wir gestern, als dieses Thema aufgekommen ist, gewissermaßen noch beschlußfähiger waren als jetzt. Ich bitte den Präsidenten, dies auch einmal zu berücksichtigen und prüfen zu lassen, ob wir hier überhaupt verhandlungsfähig sind.

Wenn ich mir den vorliegenden Bericht über den Stand der europäischen Sicherheit anschau, so vermisste ich vor allem, daß keine **Analyse der Bedrohung** vorgenommen wurde. Wir haben keine Bedrohungsanalyse in dem Sinne, daß nach den möglichen Gründen für einen sowjetischen Angriff gefragt wird. Es ist zwar immer wieder von den Waffen und von den verstärkten Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion die Rede, aber eine nüchterne Analyse, warum Westeuropa immer weiter rüsten soll, warum Westeuropa im Rahmen der Westeuropäischen Union weitere Anstrengungen im Bereich der Rüstung unternehmen soll und warum wir im Hinblick auf die Integration in der NATO auf demselben Wege wie bisher bleiben sollen, ist in dem Bericht nicht zu finden.

Ich meine, es wäre an der Zeit, einmal zu fragen, was denn überhaupt das Interesse der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes sein könnte, das Gebiet der europäischen NATO anzugreifen. Vielleicht haben wir in der Debatte Gelegenheit, einige Gründe zu hören. Ich gehe hier einmal von zwei denkbaren Gründen aus. Zum einen nenne ich die altbekannte Vorstellung, die noch aus der Zeit des kalten Krieges und auch aus der revolutionären Periode der Sowjetunion stammt, die davon ausgeht, die Sowjetunion lege es darauf an, sich die ganze Welt gefügig zu machen oder die ganze Welt kommunistisch zu machen — wenn nicht durch Überzeugung, dann eben mit Waffengewalt. Ich meine, selbst im Kreml glaubt niemand mehr daran, daß das System, das man dort vertritt, so attraktiv wäre — wir haben das gestern ja auch von einigen Rednern gehört —, daß man damit tatsächlich, auf welche Weise auch immer, einen Eindruck auf andere Länder machen könnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Sowjets es riskieren werden, sich andere Länder militärisch einzuverleiben, um dann zu erleben, daß sie Schwierigkeiten bekommen, wie sie

sie bereits in Ost-Mitteleuropa — Polen, Tschechoslowakei usw. — haben.

Der zweite Grund für einen denkbaren sowjetischen Angriff — dies wird oft in der Bundesrepublik behauptet — sei das Interesse der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes, sich die technologischen Errungenschaften des Westens unter den Nagel zu reißen. Ich glaube auch nicht an dieses Motiv der Sowjetunion. Da in der Politik aber Psychofakten oft wie echte Tatsachen wirken, möchte ich doch kurz darauf eingehen. Ich nehme einmal an, es sei tatsächlich ein solches Interesse gegeben. Ich möchte Sie fragen, wie Sie in dem Fall, daß ein Unbefugter gewissermaßen einen Angriff auf Ihr Auto startet, indem er es stehlen will, am klügsten verfahren. Dieses Auto soll in dem von mir gewählten Bild für die technologischen Errungenschaften des Westens stehen. Ich gehe davon aus, daß Sie versuchen werden, dieses Auto wirksam zu verteidigen. Sie tun das sowieso schon, indem Sie die Türen des Autos abschließen. Die Versicherungen sagen, dies sei keine ausreichende Verteidigung Ihres Automobils gegen Diebstahl. Deshalb müssen Sie auch noch das Lenkrad abschließen. Wie Sie wissen, ist auch dies keine ausreichende Verteidigung des Automobils gegen Diebstahl. Es gäbe eine intelligente Form, Ihr Auto gegen Diebstahl, also gegen die Benutzung durch Unbefugte, zu verteidigen. (Unruhe) — Herr Präsident, ich muß sagen, das ständige Gerede am Präsidiumstisch ist für einen Redner außerordentlich irritierend. Vielleicht kann der jetzige Präsident, der gerade den Vorsitz übernommen hat, einmal darauf hinwirken, daß es unterbleibt. Es ist außerordentlich irritierend, dieses ständige Hin und Her zu erleben. Ich merke, daß aber auch der jetzige Präsident nicht zuhört. (Zurufe) — Ja eben, das ist doch gar keine Kommunikationssituation mehr.

Ich halte jetzt solange inne, bis ich das Gefühl habe, daß eine Kommunikationssituation gegeben ist, die auch die Präsidentschaft einschließt. — —

Ich habe versucht, klarzumachen, daß in dieser Studie jede realistische Analyse, warum es zu einer Bedrohung durch die Sowjetunion oder den Warschauer Pakt kommen sollte, unterblieben ist. Ich fasse noch einmal zusammen, was ich bisher gesagt habe. Zunächst habe ich den bekannten ideologischen Grund, die Sowjets wollten uns alle kommunistisch machen, kurz angesprochen. Als zweiten Grund habe ich genannt, daß die Sowjets sich möglicherweise unser technologisches Potential einverleiben wollten. Im Zusammenhang mit diesem zweiten Grund habe ich die Frage aufgeworfen, wie denn der intelligente Durchschnittsbürger das technologische Potential, über das er verfügt, zum Beispiel sein Auto, verteidigt. Ich kam zu dem Ergebnis, daß die übliche Form, die Türen zu verschließen und das Lenkrad abzuschließen, nicht ausreicht. Eine intelligentere Form wäre es, den Motorblock oder das Elektrosystem so zu präparieren, daß es einem Dieb, wenn der Eigentümer das Auto zurückläßt, außerordentlich schwerfiele, sich des Autos als Vehikel zu bedienen. Dies wäre eine intelligente Form der Verteidigung des Autos gegen Unbefugte.

Es gibt natürlich noch eine andere Form. Man kann das Auto auch mit einer Rakete koppeln. In dem Moment, in dem sich der Unbefugte an dem Auto zu schaffen macht, fliegt das Auto in die Luft. Man muß ja etwas riskieren, um sein eigenes Potential zu verteidigen. Es wird also das eigene Potential geopfert. Der Unbefugte wird ebenfalls zerrissen werden. Strafe muß sein. Die Umgebung und die Umstehenden werden dann auch noch zu Schaden kommen. Das ist ein zusätzliches Risiko, das man der Umwelt damit aufnötigt.

In aller Regel wird über dieses Beispiel gelacht. Es wird gesagt, dies sei eine völlig unrealistische Vorstellung. Wenn ich mir aber unser Verteidigungssystem ansehe, so denke ich mehr an den zweiten Typus des Autofahrers, der sein Auto mit einer Rakete koppelt, und es dadurch sichern will, als an den ersten Typ, der sein Auto auf intelligente Weise gegen Mißbrauch verteidigt. Was damit gesagt werden soll, ist dies: Wenn sich Westeuropäer schon verteidigen wollen — —

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, ich muß dazu sagen, daß ich mich gestern peinlich an die fünf Minuten gehalten habe und hinterher erleben mußte, daß sich Kollegen außerordentliche Freiheiten genommen haben, was ich eigentlich ganz gut finde. Auch der Präsident hat gestern darauf hingewiesen, daß es der Würde des Parlamentariers entspreche, wirklich das auszusprechen, was er auszusprechen hat.

Ich möchte hier nicht überziehen, sondern nur darauf hinweisen — wir werden vielleicht bei anderer Gelegenheit einmal die Chance haben, das zu vertiefen —, daß es Formen der Verteidigung gibt, die nicht notwendigerweise militärisch sind, die man im englischen Sprachgebrauch civilian defence nennt, während wir dazu **Soziale Verteidigung** sagen. Ich meine, auch dies sollte einmal in der Westeuropäischen Union erörtert werden.

Ich möchte aber noch ganz kurz zu einem zweiten Punkt kommen, weil der Redner darauf hingewiesen hat. Er hat nämlich — —

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, daß wir diesem Entwurf nicht zustimmen können. Aber ich möchte im Zusammenhang mit dieser Erklärung zu der Abstimmung auf ein Mißverständnis hinweisen. Sir Dudley Smith hat heute morgen darauf hingewiesen, daß — ich zitiere — Friedensfreunde behaupten würden, daß die NATO bzw. die europäischen Partner der NATO einen **Erstschlag** führen wollen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, daß das nicht der Punkt ist. Der Punkt ist nicht, daß die Unterstellung gemacht wird, daß ein solcher Erstschlag gewollt wird, sondern der Punkt ist, daß die Struktur der Bewaffnung dazu führen wird, daß man mehr und mehr in eine Strategie hineintrifft, die zur Erstschlagsfähigkeit führt. Ich glaube, das ist ein wesentliches Mißverständnis, das in

weiteren Diskussionen in dieser Versammlung aufgeklärt werden müßte.

Insgesamt stimmen wir gegen diesen Entwurf, weil wir meinen, daß die Europäische Gemeinschaft und die Europäer der WEU andere Quellen der Macht als die Quelle des Militärs und der Gewalt haben. Ich denke, daß wir das in weiteren Erläuterungen noch anmerken können.

Danke schön.

Empfehlung 404

betr. den Stand der europäischen Sicherheit

Die Versammlung

- (i) wiederholt ihre Überzeugung, daß ein europäischer Standpunkt in verteidigungspolitischen Fragen gemeinsam im Rahmen der WEU und in enger Abstimmung mit allen anderen europäischen Bündnispartnern formuliert werden sollte;
- (ii) würdigt besonders den lebenswichtigen Beitrag, den die Vereinigten Staaten seit 40 Jahren zur Verteidigung Europas leisten, und ist überzeugt, daß die kollektive Verteidigung weiterhin im Rahmen der NATO, mit der die WEU aufgrund des Geänderten Brüsseler Vertrages unlösbar verbunden ist, organisiert werden sollte;
- (iii) erkennt jedoch an, daß die europäischen Bündnispartner heutzutage 65 bis 75 % der einsatzbereiten Kräfte in Europa stellen, und vertritt die Ansicht, daß in der NATO eine gewisse Anpassung erforderlich ist, um dem europäischen Standpunkt hinsichtlich der Verteidigungserfordernisse entsprechendes Gewicht zu verleihen;
- (iv) betont die überragende Bedeutung der Solidarität der Bündnispartner und die Notwendigkeit, daß alle Länder unter gebührender Berücksichtigung ihrer Ressourcen und ihrer geographischen Lage ihre volle Verantwortung innerhalb des Bündnisses übernehmen;
- (v) begrüßt die scharfsinnige Studie des Generals C. J. Dijkstra über die kollektive logistische Unterstützung.
empfehlte dem Rat,
die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, im Rahmen der NATO folgendes zu empfehlen:
 1. daß die Struktur der NATO geändert werden sollte, um dem europäischen Standpunkt hinsichtlich der Verteidigungserfordernisse entsprechendes Gewicht zu verleihen und die Effizienz zu erhöhen; insbesondere:
 - a) daß die Position des Militärausschusses als höchstes militärisches Organ nach dem Rat und dem Verteidigungspla-

nungsausschuß klargestellt werden sollte;

- b) daß der internationale militärische Stab mit der Abteilung für Verteidigungsplanung und Politik des Internationalen Sekretariats zusammengelegt werden sollte und daß Fragen der Verteidigung und Kräfteplanung vom Verteidigungsplanungsausschuß und Militärausschuß in gemeinsamer Sitzung behandelt werden sollten;
 - c) daß die Vorrechte der drei Oberbefehlshaber einander angeglichen werden sollten, um eine größere Gleichberechtigung zwischen ihnen zu schaffen und die Vorrangstellung des Militärausschusses zu verdeutlichen;
 - d) daß ein europäischer Offizier zum Stabschef bei SHAPE und ein Europäer als Sonderberater für internationale Angelegenheiten bei SACEUR ernannt werden sollten;
2. daß alle möglichen Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Bündnissolidarität zu demonstrieren und sicherzustellen, daß alle Mitglieder entsprechende Verantwortung übernehmen;
 3. daß die NATO-Behörden die Studie über die kollektive logistische Unterstützung zur Kenntnis nehmen und anwenden sollten und daß sie insbesondere:
 - a) die logistische Autorität des SACEUR gemäß Abs. 9 der Entschließung des Nordatlantikrates vom 22. November 1954 bekräftigen;
 - b) ein Verbindungszonenkommando im Bereich Europa Mitte unter dem Kommando des stellvertretenden CINCENT einrichten;
 - c) eine gemeinsame Finanzierung der Unterstützungsvorräte und eine größere Nutzung der NAMSA vorsehen;
 - d) ihre Zustimmung geben, daß wesentliche logistische Einheiten in der frühesten Phase des Warnprozesses mobilisiert werden;
 4. daß ganz dringend ein gemeinsames IFF-System zur Identifizierung von Flugzeugen in allen NATO-Flugzeugen angebracht werden sollte.

Tagesordnungspunkt:

30 Jahre Geänderter Brüsseler Vertrag – Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 973)

Berichterstatter: Abg. De Decker (Belgien)

Politische Implikationen der europäischen Sicherheit im Jahre 1984 – Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 979)

Berichterstatter: Abg. Thoss (Luxemburg)

Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates (Ausschuß für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt)

(Drucksache 975)

Berichterstatter: Abg. Dr. Freiherr Spies von Bülleheim (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Freiherr Spies von Bülleheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Raumfahrt hat sich mit dem 29. Jahresbericht befaßt, und zwar insbesondere mit vier Fragen, nämlich — erstens — mit der Bedeutung eines Gasverbundnetzes in Europa, — zweitens — mit der Seerechtskonvention, — drittens — mit der Zusammenarbeit im europäischen Flugzeugbau sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich und — viertens — mit der Absicht, eine Studie zur Rüstungsindustrie in Japan erstellen zu lassen; gerade mit letzter Absicht hat er sich kritisch befaßt.

Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich zu den einzelnen Punkten hier nichts mehr näher ausführen, sondern auf das Dokument unseres Ausschusses Nr. 975 verweisen, um damit einem ordnungsgemäßen Ablauf unserer Versammlung zu dienen.

Vielen Dank.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Als ich den ersten Satz von Herrn De Decker gelesen habe, habe ich zuerst einen Schrecken bekommen. Denn da heißt es, daß es dringend notwendig ist, die Abschreckung zu verstärken. Nun, die Gegner der Nachrüstung sind der Meinung, daß die Abschreckung schon stark genug gewesen ist. Die Befürworter der Nachrüstung meinen, daß die **Abschreckung** durch den Beginn der Stationierung wiederhergestellt worden ist. Wozu noch mehr Abschreckung, noch mehr Waffen? Ist es nicht vielleicht wichtiger, daß wir uns überlegen, wie wir einen Beitrag zur Überwindung des Systems militärischer Abschreckung leisten können? Wir wissen, das muß ein politischer Beitrag sein.

Aber dann habe ich gelesen, daß Herr De Decker genau auf diesem Wege ist. Denn er fordert nicht mehr Waffen, sondern er fordert mehr Leben in den Institutionen der WEU. In der Tat: Nur ein so langjähriger und hervorragender Kenner der WEU wie unser Rapporteur weiß, ja, kann beweisen, daß die abschreckende Wirkung der Institution der WEU bisweilen größer ist als ihre Bewaffnung. Die Anwesenheit in diesem Raum heute abend bei dieser wichtigen Diskussion scheint das zu beweisen.

Ich sage das, weil ich mit einem kleinen Schuß Ironie deutlich machen will, wie unsicher wir selbst uns hier über Bedeutung und Verlauf dieser Diskussion sind. Ich möchte dazu vier Beispiele anführen.

Erstens. Wir sprechen von der Stärkung der europäischen Säule. Was bedeutet das eigentlich? Muß diese Säule stärker werden, weil die amerikanische schwächer geworden ist? Oder weil sie schwächer werden wird? Oder damit sie schwächer werden kann oder werden soll? Oder ist die sowjetische Bedrohung größer geworden trotz Pershing II, Cruise Missiles und Anstrengung im konventionellen Bereich? Es ist immer gefährlich, mit Bildern zu arbeiten. Denn sie verraten eigentlich nur mangelnde gedankliche Präzision. Das Beunruhigende an diesem Bild ist, daß es jeder benutzt, daß es in Kommunikationen genauso zu finden ist wie in Gesprächen am politischen Stammtisch. Aber wenn man in diesem Bild spricht, muß man wissen: Mit zwei Säulen — in Klammern: einer europäischen und einer amerikanischen — kann man vielleicht den Eingang zu einem Gebäude abbilden. Aber allein tragen sie nichts. Zu einem Haus gehört erheblich mehr. Manches Haus ist aber schon dadurch zerstört worden, daß nur eine starke Säule umgefallen ist.

Zweitens. Hinter dem Bild steckt doch wohl mehr: daß es weniger um eine militärische als um eine politische Problematik geht. Im Grunde genommen ist es unsere zunehmende Erkenntnis, daß die europäischen Interessen mit den amerikanischen nicht immer identisch sind. Wir sprechen das manchmal ja auch deutlich aus. Wenn wir davon reden, daß wir die europäischen Interessen in der NATO verstärken wollen, mit den Amerikanern, dann heißt das: in bezug auf die Amerikaner. Wir müssen sehen, daß Gefahr besteht, daß es gegen die Amerikaner geht und daß wir einen Beitrag zu der zunehmenden politischen und kulturellen Entfremdung Amerikas von Europa leisten können, nicht nur Nordamerikas, auch Kanadas, daß wir die Hinwendung zum Pazifik verstärken können. Ich glaube, daß für die europäische Sicherheit das Interesse vieler Amerikaner am Pazifik gefährlicher ist als das weniger Europäer am Pazifismus.

Drittens. Es gibt bei uns doch wohl auch etwas Furcht vor einer amerikanischen Hegemonie. Deshalb müssen wir uns klar darüber sein, daß, wenn die europäische Basis verstärkt werden soll, dies nicht zur Herausbildung neuer hegemonialer Strukturen in Europa führen darf, daß in einer revitalisierten WEU Frankreich nicht etwa die Rolle, die die USA in der NATO spielen, übernimmt, womöglich mit dem Ergebnis, daß in einer solchen WEU Großbritannien dann die Rolle übernehmen würde, die Frankreich heute in der NATO spielt. In diesem Europa, das wir wollen, darf es keine Hegemonialmächte und keine Achsen geben. Ich unterstütze sehr, was Minister Genscher heute morgen dazu gesagt hat.

Viertens. Am gefährlichsten scheint mir die Diskussion um den Begriff der **automatischen Beistandsklausel** zu sein. Bedeutet das, daß die Beistands-

pflichten innerhalb der NATO nur zweitklassig sind? Würden wir nicht mit einer solchen Deutung einen Beitrag leisten, die Kriegsverhütungsfunktion der NATO zu reduzieren? Oder: Ist das nicht überhaupt eine theoretische Frage, weil doch für die Praxis des Beistands der WEU-Vertrag das militärische Instrumentarium sowieso der NATO überantwortet hat? Und schließlich: Wenn die automatische Beistandsklausel der WEU wirklich einen Vorrang vor der NATO hätte — was würde das für die französischen Streitkräfte und insbesondere für die französischen Atomwaffen bedeuten? Sind wir wirklich bereit, dieses hier mit aller Deutlichkeit und Konkretheit auszudiskutieren?

Herr Präsident, meine Schlußfolgerung ist diese:

Die uns vorliegenden Berichte und Empfehlungen sind inhaltlich nicht identisch. Sie widersprechen sich sogar in vielen Punkten. Sie sind aber gleichermaßen informativ, anregend und klug. Ich bin der Meinung, wir sollten sie annehmen, nicht etwa obwohl sie sich widersprechen, sondern weil sie sich widersprechen, weil genau diese Widersprüchlichkeit den Zustand unserer internen Diskussion kennzeichnet. Ich meine, dazu sollten wir uns bekennen. Die Diskussion über die Revitalisierung der WEU ist notwendig, aber sie ist noch offen.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich wollte eine Erklärung zur Stimmabgabe hier abgeben, und zwar eine Begründung: Ich bitte mir abzunehmen, daß es keine einfache Situation ist, wenn man als einziger in einer solchen Versammlung dagegen stimmen muß. Die Begründung ist folgende: Wir meinen, daß die Europäer in einer historischen Situation sind, wo sie sich nicht gewissermaßen zwanghaft aus der Abhängigkeit von den USA in eine Rolle begeben sollten, wo sie den Grundstein für eine europäische militariserte Supermacht legen. Im Gegensatz zu dem, was Sie hier beklagen, nämlich, daß 1954 die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zustande gekommen ist, finden wir, diese Ausgangslage ist eine Chance, eine Chance dafür, daß die Europäische Gemeinschaft oder daß die europäischen Völker, auch die, die in der **Westeuropäischen Union** zusammengeschlossen sind, sich auf ihre zivilen Quellen, auf ihre Zivilnatur und auf den friedenspolitischen Impuls der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, z. B. den Schuman-Plan, besinnen. Wenn Sie jetzt hier — ich glaube, ich kann Ihnen abnehmen: durchaus guten Willens, — die Weichen in eine andere Richtung stellen, guten Willens dahin gehend, daß Sie meinen, das sei effizienter, das gebe mehr Unabhängigkeit, und letztlich sei es auch ein Ausweg aus den Gefahren, in denen wir uns befinden, — dann übersehen Sie dabei, was jeder Friedensforscher weiß: daß durch die Gründung solcher Agenturen, solcher Rüstungsagenturen, und durch die Gründung solcher Kooperationen letztlich der Keim für eine neue Rüstungsdynamik gelegt wird. Das ist der Hauptgrund, warum ich das hier abgelehnt habe.

Der zweite Grund ist der, daß im Gegensatz zu all dem, was besonders ausländische Kollegen — aus meiner Sicht ausländische, nicht deutsche Kollegen — gesagt haben, nämlich, es sei eine Diskriminie-

rung der Deutschen, daß hier noch diese Rüstungskontrolle bestehe, ist das für mich gar keine Diskriminierung. Im Gegenteil: Wenn es diese Reduzierungen gibt, diese Beschränkungen, ist dies ein Ansporn dafür, daß andere einmal darüber nachdenken, ob es nicht angebracht wäre, sich selbst solchen Beschränkungen zu unterwerfen. Was hier geschieht, ist keine Stimulation zur Abrüstung, sondern eine Stimulation zur Rüstung — wie ich vorhin schon ausgeführt habe — mit verheerenden Wirkungen auch auf dem Weltmarkt. Denn dort wird man neue europäische, in der Kooperation entstandene sogenannte intelligente Raketen natürlich haben wollen. Sie werden auf Kriege einwirken. Sie werden von beiden Seiten, im Iran, im Irak, benutzt werden, und anderswo.

Das sind die Hauptgründe. Schließlich meine ich noch, wir sollten mit nach Hause nehmen und sollten unseren Völkern sagen, daß hier so getan wird, als gäbe es die Legitimation zur Militarisierung Europas, und es sich in Wirklichkeit um eine Versammlung gehandelt hat, die mit Mühe und Not mit 25 Teilnehmern, mit 25 gewählten Abgeordneten so weitreichende Entscheidungen hat treffen wollen. Ich finde, das ist beschämend. Sie sollten sich selbst darüber klarwerden, daß dies keine ausreichende Legitimationsgrundlage zu so weitreichenden Entscheidungen ist.

Empfehlung 406

betr. 30 Jahre Geänderter Brüsseler Vertrag – Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- (i) vertritt die Ansicht, daß es dringend erforderlich ist, im Atlantischen Bündnis eine politisch glaubwürdige und militärisch wirksame europäische Säule zu schaffen, um die Abschreckung zu verstärken und den Frieden zu sichern;
- (ii) vertritt die Ansicht, daß die Errichtung einer europäischen Säule des Bündnisses vor allem die Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Bündnispartnern zum Ziel haben muß, wobei der Erörterung der Fragen in bezug auf die Sicherheit unseres Kontinents eine mehr europäische Dimension zu verleihen ist;
- (iii) vertritt die Ansicht, daß die WEU als Rahmen für Analysen, Aussprachen und konzertiertes Vorgehen hinsichtlich der Erfordernisse der europäischen Verteidigung von den Mitgliedsstaaten voll genutzt werden muß und daß die übrigen europäischen Bündnispartner sowie die übrigen Partner der Zehn über ihre Arbeit voll unterrichtet werden müssen;
- (iv) verweist auf ihre Empfehlung 380 und bekräftigt ihre Überzeugung, daß die WEU an die Erfordernisse der achtziger Jahre angepaßt werden muß, und zwar insbesondere durch die Abschaffung der Kontrollen über die konventionellen Waffen;

- (v) ist sich bewußt, daß die im Geänderten Brüsseler Vertrag vorgesehenen Kontrollen über die atomaren und biologischen Waffen niemals ausgeübt worden sind, vertritt jedoch die Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Ausübung dieser Kontrollen nicht mehr angebracht ist;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. die Probleme der europäischen Sicherheit zu untersuchen und neu zu definieren und zu diesem Zweck
 - a) regelmäßig auf höherer Ebene zusammenzutreten;
 - b) mindestens zwei Ministertagungen pro Jahr zu veranstalten, vor allem zur Vorbereitung der Ministertagungen der NATO, wobei die Verteidigungsminister zumindest an einer dieser Tagungen teilnehmen sollten; und
 - c) die Versammlung über diese Arbeiten auf dem laufenden zu halten;
2. den Ständigen Rat erforderlichenfalls durch Hinzuziehung der zuständigen höheren Beamten aus den Außen- und Verteidigungsministerien sowie Stabschefs zu verstärken;
3. sich bei der Erfüllung seiner Aufgabe vom Ständigen Rüstungsausschuß und vom Amt für Rüstungskontrolle unterstützen zu lassen:
 - a) durch Anweisung des Ständigen Rüstungsausschusses, den Rat bei der Ausarbeitung einer europäischen Politik im Bereich der neuen konventionellen Rüstung zu unterstützen und sich dabei vor allem mit den durch die neuen Technologien hervorgerufenen Problemen zu befassen und den Rat bei der Ausarbeitung der Grundzüge für eine Politik der defensiven Nutzung der Raumfahrttechnologie zu unterstützen und ein internationales Übereinkommen zu erzielen, das eine angemessene und wirksame Kontrolle dieser Entwicklungen ermöglicht;
 - b) durch Anweisung des Amtes für Rüstungskontrolle, nach den Angaben des Rates oder der Versammlung Studien und Analysen von Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung, der Rüstungsbegrenzung und den mit den Abrüstungsabkommen verbundenen Verifikationsproblemen durchzuführen;
4. die Anpassung der WEU an die Erfordernisse der achtziger Jahre fortzusetzen:
 - a) durch Abschaffung der Kontrollen über die konventionellen Waffen gemäß Anhang III und IV des Protokolls Nr. III;
 - b) durch Neuorganisation des Ständigen Rüstungsausschusses und des Amtes

für Rüstungskontrolle, um diesen die Erfüllung ihrer neuen Aufgaben zu ermöglichen;

- c) die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ministeriellen Gremien der WEU an einem einzigen Ort zu vereinigen;

5. entsprechende Verfahren zur Unterrichtung der europäischen und atlantischen Gremien über die Ergebnisse der Ministertagungen zu schaffen.

Empfehlung 407

betr. Politische Implikationen der europäischen Sicherheit im Jahre 1984 – Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- (i) ist sich der Schwierigkeiten bewußt, denen die Verteidigungspolitik nicht nur in Europa, sondern in der gesamten westlichen Welt gegenübersteht;
- (ii) ist sich ferner bewußt, daß dem zügellosen Wettrüsten sowie der Teilung Europas mittel- und langfristig nur dann ein Ende gesetzt werden kann, wenn auf die unzähligen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und strategischen Fragen unseres Zeitalters konkrete Antworten gefunden werden können;
- (iii) unterstreicht, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge ein Konflikt zwischen den beiden Blöcken die fast völlige Zerstörung Europas zur Folge haben könnte;
- (iv) ist sich bewußt, daß folgendes unbedingt erforderlich ist:
 - eine ausgewogene, allgemeine, wirksame und kontrollierte Abrüstungspolitik;
 - eine politische Kontrolle der Rüstung und vor allem des Einsatzes von Kernwaffen im Falle eines konventionellen Angriffs durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts;
 - eine ernsthafte Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West trotz der Schwierigkeiten und Mißerfolge der letzten Monate;
 - eine politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit zwischen Ost und West im Geiste der Schlußakte von Helsinki;
- (v) betont demzufolge:
 - einerseits die wachsende Bedeutung der WEU für die Sicherheit Westeuropas;
 - andererseits die Notwendigkeit für die europäischen Mitglieder der NATO, gegenüber ihren nordamerikanischen Partnern einen größeren Teil der Lasten, aber auch mehr Verantwortung in Verteidigungsfragen zu übernehmen, während eine enge Zusammenarbeit mit ihnen beibehalten werden sollte;

- (vi) nimmt zur Kenntnis, daß der Rat die strukturellen und operationalen Änderungen prüft, die in der WEU erfolgen sollen, damit diese besser die Rolle erfüllen kann, die ihr der Geänderte Brüsseler Vertrag zuweist;
- (vii) vertritt die Ansicht, daß die jüngsten Entwicklungen in Europa und in den transatlantischen und internationalen Beziehungen den Augenblick für eine solche Prüfung günstig erscheinen lassen;
- (viii) vertritt die Ansicht, daß die derzeitige Arbeitsweise des Rates ihm nicht die Möglichkeit gibt, der Organisation einen ständigen politischen Impuls zu verleihen;
- (ix) begrüßt den italienischen Vorschlag über ein Treffen der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der WEU in Rom im Oktober 1984 und hofft, daß dieses Treffen zu Beschlüssen führt, die einer europäischen Rüstungspolitik förderlich sind;
- (x) bedauert, daß der 29. Jahresbericht des Rates nicht auf die durch die Neuorganisation der WEU hervorgerufenen Probleme eingeht und daß die Versammlung über das Vorgehen des Rates in dieser wichtigen Angelegenheit systematisch in Unkenntnis gelassen wird;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. sich bei jeder Gelegenheit, vor allem bei der erforderlichen Reaktivierung der WEU von den oben aufgeführten Überlegungen und allgemeinen Grundsätzen leiten zu lassen;
2. mit Sorgfalt die Bedingungen zu prüfen, die eine bessere Nutzung der WEU in den nächsten Jahrzehnten ermöglichen, um vor allem folgendes zu erreichen:
 - (i) eine ständige Vertretung der Mitgliedsländer im Rat, die ihm ein wirkungsvolleres Vorgehen ermöglicht;
 - (ii) häufigere Tagungen, vor allem auf Ministerebene, und, nach dem Treffen in Rom, die Fortsetzung regelmäßiger Treffen der Verteidigungsminister im Rahmen der WEU, um vor allem der europäischen Rüstungspolitik ständige Impulse zu geben;
 - (iii) eine Neuorganisation der verschiedenen WEU-Organe;
 - (iv) eine Anpassung des Generalsekretariats an die neuen Bedürfnisse der Organisation;
 - (v) eine Tagesordnung für seine Tagungen, die eine Abstimmung über alle Fragen der Sicherheit Westeuropas und die Definition einer kollegialen europäischen Position vor jeder Tagung des Nordatlantikrates ermöglicht;
 - (vi) eine eventuelle Erweiterung der WEU;

- (vii) eine Zusammenarbeit des Internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses mit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, die nicht in die anderen Aufgabengebiete, die dem Ständigen Rüstungsausschuß übertragen sind, eingreift, wobei zu berücksichtigen ist, daß Artikel 10 der Satzung des Ständigen Rüstungsausschusses festlegt, daß die im Rahmen dieser Institution getroffenen Abkommen und Vereinbarungen den übrigen Mitgliedsländern der Nordatlantischen Vertragsorganisation zur Beteiligung offenstehen;
 - (viii) eine Bewertung der Folgen, die die Abschaffung von Anhang III des Protokolls Nr. III und eventuelle Änderungen im Anhang IV für das Amt für Rüstungskontrolle hätten;
 - (ix) eine Definition der derzeitigen Bedürfnisse Europas im Bereich der Rüstungskontrolle und die Anpassung des Amtes für Rüstungskontrolle an eine geänderte Aufgabenstellung;
 - (x) die mögliche Nutzung der Sachkenntnisse des Amtes für Rüstungskontrolle durch die Vertretungen der Mitgliedstaaten bei den internationalen Konferenzen über Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung und für die allgemeine Forschung über Rüstung in der Welt;
 - (xi) die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Versammlung, die ihr die Möglichkeit geben, ihre Rolle besser zu erfüllen;
3. die Versammlung über den Stand seiner Beratungen über alle Fragen in bezug auf die Zukunft der WEU voll zu unterrichten und in jedem Fall entweder in seinem nächsten Jahresbericht oder in einem Ergänzungsbericht, der der Versammlung anlässlich des dreißigsten Gründungstages der WEU vorgelegt würde, darüber Bericht zu erstatten.

Nachdem Abg. Pollidoro in einer Erklärung zur Stimmabgabe die Beibehaltung des zweiten Satztes von Absatz zwei in Ziffer IV der Präambel zu Empfehlung 407 bedauert hat, gibt Abg. Vogt (Kaiserslautern) folgende Erklärung zur Stimmabgabe ab:

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich kann mich dem Satz meines Vorredners anschließen, möchte aber darüber hinaus noch sagen, daß das Dokument die Schwäche hat, daß es vor allem der Abrüstung auf der Grundlage von Abrüstungsmaßnahmen keinen Raum gibt.

Schließlich meine ich, es sollte auch zu Protokoll gegeben werden, daß bei der Abstimmung über das letzte Dokument, wenn ich richtig gezählt habe, Be-

fürworter und Gegner zusammengerechnet, nicht mehr als 17 Kollegen im Raum waren.

Tagesordnungspunkt:

29. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 969)

Berichterstatter: Außenminister und amtierender Vorsitzender des Rates der WEU, Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland)

Außenminister Genscher (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich zunächst für die sehr liebenswürdige Begrüßung bedanken, Herr Präsident. Es ist mir eine besondere Ehre, heute vor der Versammlung der Westeuropäischen Union das Wort zu ergreifen. Ich freue mich, auf diese Weise dem parlamentarischen Gremium der WEU meine Wertschätzung und meinen Respekt zum Ausdruck bringen zu können.

Bevor ich mich den eigentlichen Themen meiner Ansprache zuwende, möchte ich Ihnen, Herr Präsident, zu Ihrer Wahl herzliche Glückwünsche aussprechen. Ich bin überzeugt, daß Sie diese noch wichtigere Aufgabe — wie wir alle hoffen —, die die WEU hat, mit Umsicht, Sachkunde und persönlichem Engagement wahrnehmen werden.

Meine Damen und Herren, ich spreche heute in zweifacher Funktion zu Ihnen: als Vorsitzender des Ministerrates, aber auch in meiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe als Vorsitzender des Ministerrates die ehrenvolle Aufgabe, den 29. Jahresbericht einzuführen, der der Versammlung nach Art. IX des modifizierten Brüsseler Vertrages jährlich zu erstatten ist.

Der Jahresbericht umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1983 — meine Ausführungen dazu werden sich deshalb auf diesen Zeitraum konzentrieren; ich will darüber hinaus über die Sitzung des Ministerrates am 12. Juni dieses Jahres berichten. Entsprechend dem Aufbau des Jahresberichts will ich über die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung, dann über die Tätigkeit des Rates und schließlich — ein unerläßliches Thema — über die Haushaltsfragen sprechen.

Die WEU-Versammlung ist das einzige parlamentarische Gremium im europäischen Rahmen, das durch völkerrechtlichen Vertrag ausdrücklich zur Behandlung sicherheitspolitischer Fragen berufen ist. Dies unterstreicht die besondere Bedeutung und die Wichtigkeit ihrer Aufgabe.

Fragen der Sicherheitspolitik sind für die Völker Europas von zentralem Interesse. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe dieser parlamentarischen Versammlung. Sie stellt das Forum dar, in dem demokratisch gewählte Abgeordnete europäischer Län-

der europäische Sicherheitspolitik beraten und so die Öffentlichkeit unserer Länder informieren und in die Diskussion einbeziehen können.

Der Rat begrüßt Sachkunde und Entschlossenheit, mit der sich die Versammlung dieser Aufgabe gewidmet hat. Ihre diesjährige Tagesordnung unterstreicht das erneut, und sie unterstreicht das Bestreben, die ganze Breite ihrer Aufgaben wahrzunehmen. Die Anerkennung des Rates gilt besonders der Tatsache, daß die Versammlung sich auch diesmal wieder eingehend mit zahlreichen Aspekten der Sicherheit Europas beschäftigt. Damit die Versammlung ihrer Verantwortung gerecht werden kann, ist ein **Dialog zwischen Rat und Versammlung** notwendig. Der Rat mißt diesem Dialog große Bedeutung bei und verwendet darauf einen beträchtlichen Teil seiner Tätigkeit. Wir werden in Zukunft Mittel und Wege suchen, den Dialog noch direkter und unmittelbarer zu gestalten. Wir sind sehr offen für Anregungen, die von Ihnen kommen.

Zum Inhalt des Dialogs möchte ich folgendes herausgreifen: Im Jahr 1983 wurde der Dialog über Fragen geführt, die im Zusammenhang mit der Anwendung des modifizierten Brüsseler Vertrages stehen. Darunter waren auch solche Fragen, mit denen sich die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten in anderen politischen Foren, besonders in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und im Atlantischen Bündnis, befassen. Zusätzlich zu seinem Jahresbericht hat der Rat der Versammlung substantielle Antworten auf diejenigen Empfehlungen und schriftlichen Fragen übermittelt, die an ihn gerichtet wurden. Als Reaktion auf entsprechende Anfragen hat der Rat das Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses ermächtigt, dem Ausschuß für wissenschaftliche, technologische und Raumfahrtfragen technische Hilfestellung bei der Erarbeitung eines Berichtes zu geben.

Der Rat ist auch in Zukunft bereit, ähnliche Anfragen der Versammlungsausschüsse zu prüfen. Im Anschluß an die Ministerratstagungen vom 17. Mai 1983 in Brüssel und vom 12. Juni 1984 hier in Paris fanden informelle Treffen des Rates mit dem Präsidialausschuß, dem Ausschuß für Verteidigungsfragen und Rüstungen und dem Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten statt. Die Begegnung vom 12. Juni 1984 führte zu einer ausführlichen Diskussion zwischen den Vertretern der Ausschüsse und dem Rat. Außenminister Cheysson als Ratsvorsitzender informierte die Abgeordneten über die Ergebnisse der Tagung und übergab im Namen des Rates ein Arbeitspapier zur **Belebung der WEU**, das Ihnen vorliegt. Ich werde an anderer Stelle noch einmal auf die Ergebnisse dieser bedeutsamen Tagung eingehen, die neue Impulse für die künftige Arbeit der Westeuropäischen Union erbracht hat. Im Berichtsjahr 1983 nahmen mehrere Minister die Gelegenheit wahr, vor der Versammlung das Wort zu nehmen. Der Rat unterstützt eine solche Beteiligung, insbesondere eine Teilnahme der Außen- und Verteidigungsminister.

Der Rat unterstreicht in seinem Jahresbericht erneut die Bedeutung, die die sieben Mitgliedstaaten

der WEU als der einzigen europäischen Organisation beimesen, die auf Grund ihres Vertrages eine Zuständigkeit für Verteidigungsfragen besitzt. Der Rat bekräftigt die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, alle Verpflichtungen aus dem modifizierten Brüsseler Vertrag zu erfüllen. Das gilt insbesondere für die Verpflichtung zu kollektiver Selbstverteidigung, wie sie in Artikel V niedergelegt ist.

Im Rahmen ihrer politischen Konsultationen fanden Treffen des Ministerrates am 17. Mai 1983 in Brüssel und am 12. Juni dieses Jahres in Paris statt. Bei dem Treffen in Brüssel wurden insbesondere die Ost-West-Beziehungen unter dem Aspekt der europäischen Sicherheit erörtert. Darüber hinaus wurden auch andere Aspekte der internationalen Situation diskutiert, dabei insbesondere die Lage im Mittelmeer. An der Ministerratstagung am 12. Juni 1984 nahmen erstmals seit Jahren wieder die Außenminister fast aller Mitgliedstaaten teil. Einen bedeutenden Punkt ihrer Tagesordnung bildete dabei die Erörterung der Möglichkeiten einer stärkeren Nutzung der Westeuropäischen Union. Die zahlreichen Empfehlungen und Initiativen der Versammlung fanden dabei ihren Niederschlag.

Das wichtigste Ergebnis dieser Ratstagung möchte ich folgendermaßen zusammenfassen. Die Minister sind übereingekommen, die WEU in Zukunft stärker als bisher als Konsultations- und Abstimmungsforum für ihre enge Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen zu nutzen. Der Ministerrat hat den Ständigen Rat damit beauftragt, auf der Grundlage des Ihnen vorliegenden Arbeitspapiers zu weiteren Fragen der Belegung der Westeuropäischen Union konkrete Vorschläge bis zur Oktobersession in Rom zu erarbeiten. Es ist beabsichtigt, in Rom eine politische Grundsatzerklärung zu verabschieden.

Zurück zum Berichtszeitraum selbst. In militärischen Angelegenheiten hat der Rat mit Hilfe des Rüstungskontrollamtes für die Einhaltung der Vorschriften des modifizierten Brüsseler Vertragswerkes über die Höhe der Streitkräfte und der Bewaffnung in den Mitgliedstaaten gesorgt. Die Versammlung wurde darüber informiert, daß der Rat sich auch weiterhin mit der Untersuchung über die verschiedenen Aspekte einer Reduzierung der Waffenliste von Annex IV zu Protokoll III befaßt hat. Darüber hinaus hat der Rat inzwischen auch mit einer Untersuchung darüber begonnen, auf welche Weise das Rüstungskontrollamt im Rahmen einer umfassenden Erneuerung seiner Funktion auf anderen Gebieten als dem derzeitigen Bereich tätig werden könnte. Der Rat wird die Versammlung nach dem Abschluß dieser Untersuchung über die Ergebnisse informieren.

In Durchführung einer Entscheidung, die der Ministerrat am 17. Mai 1983 in Brüssel getroffen hatte, hat der Ständige Rüstungsausschuß die nichtöffentliche Fassung des ersten Teils seiner Wirtschaftsstudie über den Rüstungssektor der Industrien der Mitgliedstaaten überarbeitet. Eine zur Veröffentlichung bestimmte Version dieser auf dem neuesten Stand befindlichen Studie wird der Versammlung zugeleitet werden.

Das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses hat erste Vorarbeiten für eine andere Studie abgeschlossen, die sich mit dem Eintritt Japans in den Markt für Rüstungsgüter beschäftigen soll. Eine Anzahl von Vorschlägen, die die künftigen Aktivitäten des Ständigen Rüstungsausschusses betreffen, werden derzeit noch im Rat erörtert. Der Rat ist bestrebt, eine Überschneidung mit Tätigkeiten anderer Organisationen im Rüstungsbereich zu vermeiden. Die Versammlung hat sich in den Empfehlungen 380 und 397 dafür ausgesprochen, die Organisation der WEU den Erfordernissen der 80er Jahre anzupassen, und in diesem Zusammenhang haben Sie die Aufhebung der letzten noch bestehenden Herstellungsverbote und Mengenkontrollen für konventionelle Waffen befürwortet. Ich kann Ihnen dazu mitteilen, daß sich der Rat der Ständigen Vertreter in Kürze mit diesen Fragen befassen wird.

Ich komme nun zum letzten Teil des Jahresberichts. Die Finanzlage der Mitgliedstaaten hat den Rat im Jahre 1983 — ebenso wie in den vorangegangenen Jahren — dazu gezwungen, eine sparsame **Haushaltspolitik** zu verfolgen. Er wird sich dennoch darum bemühen, daß die Organe der Westeuropäischen Union weiterhin tatkräftig für die Ziele des Vertrages arbeiten können. Der Rat bleibt entschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß die Organe die Mittel erhalten, die für eine effiziente Ausübung ihrer Funktionen und für eine eventuell notwendig werdende Entwicklung von Aktivitäten benötigt werden.

Daß wir angesichts der angespannten Haushaltslage auch weiterhin sparsam wirtschaften werden, versteht sich von selbst.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in meiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland möchte ich Ihnen einige Überlegungen vortragen, die aus der Sicht meiner Regierung für eine **stärkere Nutzung der WEU** sprechen. Ich weiß mich dabei in der Substanz meiner Aussagen mit den Regierungen der WEU-Partner einig. Es lohnt sich, dabei einmal mehr mit den historischen Fakten zu beginnen, die Herr De Decker in seinem Bericht zum dreißigjährigen Bestehen des modifizierten Brüsseler Vertrages so klar und übersichtlich herausgestellt hat.

Die Londoner Konferenz und der Beitritt Italiens und der Bundesrepublik Deutschland zum modifizierten Brüsseler Vertrag liegen 30 Jahre zurück. Nur wenige wissen noch, daß diese politischen Entscheidungen den Weg zur Beseitigung von Folgen des Zweiten Weltkrieges geebnet haben. Sie ermöglichten die Aufhebung des Besatzungsstatuts, den Abschluß des Deutschland-Vertrages, die Erlangung der Souveränität und den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Bündnis. Hier lag der Beginn für die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland und für ihre Integration in den Kreis der westlichen demokratischen Staatengemeinschaft.

Wir haben seitdem gemeinsam einen langen und erfolgreichen Weg zurückgelegt. Niemand von uns

hat Grund, die damals getroffenen Entscheidungen zu bereuen. Die Westeuropäische Union hat in dieser langen Zeit im Rahmen der vertraglich gesteckten Ziele wichtige Aufgaben erfüllt. Heute gilt es, die Westeuropäische Union in einer Weise zu nutzen, die den Forderungen der Gegenwart gerecht wird. Warum die Westeuropäische Union, so wird man fragen. Das Papier der Arbeitsgruppe des Rates antwortet auf diese Frage: weil die Westeuropäische Union die einzige europäische Organisation ist, die durch vertragliche Regelung für Verteidigung und Sicherheit zuständig ist. Das gibt uns die Legitimation für das, was wir anstreben, nämlich die Ausnutzung der großen, zum Teil noch unausgeschöpften Möglichkeiten des modifizierten Brüsseler Vertrages.

Es hat in den zurückliegenden Jahren nicht an Bemühungen gefehlt, der wirtschaftlichen und der politischen Zusammenarbeit Europas die dritte Dimension einer **gemeinsamen Sicherheitspolitik** anzufügen. Die Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben in der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 bestimmt, daß „die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit“ im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit behandelt werden können. Die Fragen der Verteidigungspolitik bleiben in diesem Zusammenhang ausgeschlossen. Europa muß jedoch beginnen, auch in diesen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, damit es zu einem starken, selbstbewußten Partner im Bündnis wird. Europa und Amerika bilden die beiden Pfeiler der Atlantischen Brücke; sie ergänzen und brauchen einander. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, daß beide Pfeiler stark und tragfähig sind.

Auf beiden Seiten des Atlantik gibt und gab es immer wieder Klagen über ein Ungleichgewicht im Bündnis. Es entsteht und entstand das Bild eines Europa, das Kostgänger amerikanischer Stärke ist. Dazu wiederhole ich hier, was ich am 12. Juni auch im Ministerrat gesagt habe: Nicht die USA sind im Bündnis zu stark, sondern die Europäer sind zu schwach. Es gilt, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Das heißt, vor allem die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Europäer zu bündeln. Wenn uns das gelingt, werden wir mehr Gewicht im Nordatlantischen Bündnis erlangen, und wir werden mehr Anerkennung außerhalb des Bündnisses erfahren. Ich betone den Bündnisaspekt mit gutem Grund: Es täuschen sich alle diejenigen, die hinter einer Belebung der Westeuropäischen Union den Aufbau einer Gegenposition zur NATO vermuten, oder etwa diejenigen, die glauben, hier sei ein Ansatz, Europa und Amerika voneinander zu trennen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Belebung der Westeuropäischen Union dient der Festigung des Bündnisses. Unser Ziel, die Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz, bestimmt den Inhalt der künftigen Zusammenarbeit der Westeuropäischen Union. Das heißt: Die Westeuropäische Union sollte das Abstimmungsforum der Europäer für alle Themen werden, bei denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt. Das ist eine weitgespannte Aufgabe.

Das Ihnen vorliegende Papier der Arbeitsgruppe des Ständigen Rates hat vier Themen herausgegriffen, die den Anfang für die gemeinsame Arbeit bilden können und die wichtige Bereiche abdecken. Sie können dazu beitragen, „die Probleme der europäischen Sicherheit zu untersuchen und neu zu definieren“, wie es ein Empfehlungsentwurf dieser Versammlung aussagt.

Lassen Sie uns einen Blick auf diese Themen werfen. Die Durchführung einer **Bedrohungsanalyse Europas**, oder, anders gesagt: die Analyse der militärischen, politischen und psychologischen Aspekte des Kräfteungleichgewichts in Europa ist die Grundlage für die Formulierung der sicherheitspolitischen Interessen Europas.

Was die Auswirkungen der internationalen Entwicklung auf die Sicherheit Europas angeht, so werden wir uns hier insbesondere mit den Ursachen der Krisen und Konflikte in der Dritten Welt zu beschäftigen haben. Dabei sollte es uns gelingen, dem Gedanken deutlicher Geltung zu verschaffen, daß wirkliche Blockfreiheit ein wesentlicher Bestandteil für Stabilität in der Welt ist, daß der Ost-West-Gegensatz nicht auf die Dritte Welt übertragen werden darf. Ebenso müssen wir uns bewußt sein, daß wirtschaftliche und soziale Instabilität eine besondere Bedeutung haben und daß Maßnahmen zu ihrer Überwindung in der Dritten Welt ein Stück Sicherheitspolitik auch für uns in Europa sind. In diesem Zusammenhang taucht häufig die Frage auf, ob die Beschäftigung mit diesen Fragen im Rahmen der Westeuropäischen Union dazu führen könnte, auf dem Umweg über die Westeuropäische Union die geographische Beschränkung der NATO aufzuheben. Dazu kann man nur eindeutig feststellen: Das ist nicht beabsichtigt. Die Bundesregierung wird nicht an den im Bündnis festgelegten Grundsätzen rühren.

Die **Verstärkung des transatlantischen Dialogs** in all seinen Aspekten ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Bündnisses selbst. Sie festigt die politische Zusammenarbeit und damit die Kohärenz der Allianz.

Zur Koordinierung der Rüstungszusammenarbeit hat auch Ihre Versammlung immer wieder Anregungen gegeben. Rüstungskoooperation ist ein wichtiges Anliegen aller europäischen Staaten. Die Westeuropäische Union und ihre Gremien können einen Rahmen für Bemühungen bieten, die vorhandenen europäischen Ressourcen für die konventionelle Komponente der Verteidigung aufeinander abzustimmen und sie effizienter zu nutzen. Hierdurch könnte auch dem Bedürfnis nach einer besser funktionierenden europäisch-amerikanischen „Zweibahnstraße“ bei Rüstungskoooperation und Technologietransfer Rechnung getragen werden. Allerdings müssen sich WEU und NATO auch in diesem Bereich ergänzen: Die vorhandenen Institutionen der europäischen Verbündeten in der NATO dürfen in ihrer Arbeit nicht behindert werden.

Eine verstärkte Nutzung der Westeuropäischen Union wird in Zukunft sicherlich höhere Anforderungen an die Organisation stellen, als das bisher

der Fall war. Der Ministerrat hat deshalb am 12. Juni 1984 den Ständigen Rat beauftragt, bis zum Jubiläumstreffen in Rom im Oktober 1984 konkrete Vorschläge zu einzelnen Punkten vorzulegen, über die dann die Minister entscheiden können. Ich kann der Arbeit des Ständigen Rates nicht vorgreifen und will deshalb an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten einer möglichen organisatorischen Reform eingehen.

Nur zu einem Einzelaspekt, nämlich der Reform des **Rüstungskontrollamtes** möchte ich noch einige zusätzliche Bemerkungen machen. Die Versammlung hat stets den im Vertrag festgeschriebenen Auftrag ausgeführt und — zusammen mit dem Rat — darüber gewacht, daß die Rüstungskontrollvorschriften des Vertrages eingehalten wurden. Sie haben deshalb ein besonderes Interesse an dieser Institution, und Sie haben das mit einer Reihe von Empfehlungen unterstrichen. Die integrierte Verteidigungsstruktur der NATO und die engen bilateralen und multilateralen Bindungen zwischen den Verbündeten bieten offenen Einblick in die militärischen Fähigkeiten und Absichten aller Partner. Europa soll auf Offenheit und Transparenz aufbauen, die hier in einem in der Welt wohl einzigartigen Maße verwirklicht sind.

In den multilateralen Verhandlungen streben wir blockübergreifende, verifizierbare Rüstungskontrollmaßnahmen an. Das Rüstungskontrollamt hat in den fast 30 Jahren seiner Tätigkeit ein hohes Maß an Erfahrungen und Wissen erworben, die nicht verlorengehen dürfen. Eine der wichtigen Aufgaben, mit denen der Rat — auch auf Ihre Empfehlung hin — sich befaßt, ist daher die Untersuchung, auf welche Weise und in welchem Rahmen dieses Potential des Rüstungskontrollamtes in Zukunft genutzt werden könnte. Wenn wir von Europa sprechen, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß Europa mehr ist als die Sieben, mehr auch als die Europäische Gemeinschaft, mehr auch als der Europarat. Warschau, Prag und Budapest liegen ebenso in Europa wie Paris, London oder Rom. Wir dürfen deshalb im Interesse des Friedens und der Stabilität auf unserem Kontinent und in der Welt in unseren Bemühungen um Dialog und um Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts nicht nachlassen. Die Versammlung hat sich in mehreren Berichten in diesem Sinne geäußert.

Die Washingtoner Erklärung der Allianz vom 31. Mai 1984 spricht sich ohne Vorbehalte für eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen zum Osten durch Dialog und Zusammenarbeit aus. Sie hat insbesondere den im Harmel-Bericht festgelegten Doppelansatz der langfristigen Bündiskonzeption bestätigt und klargestellt. Das für die Verteidigung Notwendige wird getan, ohne Streben nach Überlegenheit oder Konfrontation, sondern in der Erwartung, daß die Sowjetunion unsere legitimen Sicherheitsinteressen ebenso respektiert, wie wir die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion respektieren. In Fortführung des Brüsseler Signals vom Dezember 1983 bestätigt der Westen sein Angebot zu Kooperation auf allen Ebenen und in allen Bereichen, ohne Vorbedingungen oder Einschränkungen.

Von besonderer Bedeutung ist, daß der Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion wieder in Gang kommt. Präsident Reagan hat dazu zuletzt in seiner Rede von Dublin die Sowjetunion erneut aufgefordert, an die Verhandlungstische zurückzukehren. Die USA sind bereit, sich jeden neuen, konkreten Vorschlag der sowjetischen Seite anzuhören und darüber zu verhandeln. Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die uns die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm bietet. Wir streben dort ein Netz konkreter, sich ergänzender Maßnahmen an. Wir sind bereit, in Stockholm mit der Sowjetunion auch über eine Bekräftigung des Gewaltverzichts zu sprechen. Die Diskussion über Gewaltverzicht darf jedoch kein Ersatz für die Vereinbarung konkreter Maßnahmen sein, wie sie das Madrider Mandat fordert.

Alle diese Bemühungen müssen auf das große Ziel der Schaffung einer europäischen Friedensordnung ausgerichtet bleiben, in der Staaten mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen in friedlichem Wettbewerb miteinander konkurrieren. Diese Ordnung muß sich auf Vertrauen, auf Zusammenarbeit, auf die Respektierung der gegenseitigen Interessen gründen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union dient der Stärkung Europas und der Festigung der Allianz. Die Zusammenarbeit in unserer Union ist damit ein Beitrag zur Stabilität und zum Frieden in der Welt.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich habe zunächst eine Frage im Anschluß an die Frage des Kollegen Dejardin. Ich möchte von Ihnen wissen, wie weit aus der Sicht Ihrer Regierung die **Rüstungskooperation** gehen soll, insbesondere ob Meldungen über ein Interesse der Bundesrepublik an einer Rüstungskooperation mit Frankreich auf dem Gebiet der Raketenrüstung zutreffen. Wenn das der Fall wäre, hätte ich die Anschlußfrage, die auch in die Richtung der Frage von Herrn Dejardin geht: Würde nicht von einer solchen zusätzlichen Raketenrüstung eine zusätzliche **Rüstungsdynamik** ausgehen, ein zusätzlicher Exportdruck auf die Länder der Dritten Welt, wenn Sie beispielsweise an Spannungsgebiete denken, wie Iran und Irak, und auch auf die Premiere, die bestimmte Raketen im Zusammenhang mit dem Falkland- bzw. Malvinas-Krieg hatten? Das ist also meine Frage nach einer neuen Rüstungsdynamik und den Vorkehrungen dagegen.

Die zweite Frage: Sind Sie nicht der Meinung, daß der Gedanke, den Sie auf die Dritte Welt angewendet haben, daß sie nichts weniger als weitere Rüstung brauche, genauso gut und vielleicht mit noch größerer Dringlichkeit auf Europa angewendet werden sollte, daß wir nämlich nichts weniger brauchen als weitere Rüstung? Wäre es dann nicht angemessen, diesem Gedanken der Rüstungsdynamik, die ich befürchte, eine **Abrüstungsdynamik** entgegenzusetzen und z. B. als institutionelle Vorkehrung, wenn auch nicht als Garantie für eine solche Abrüstungsdynamik, aus dem aktuellen Rüstungs-

kontrollamt eine wirklich autonome Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu machen?

Drittens. Halten Sie es nicht für richtig, Ihren an sich sehr einleuchtenden Gedanken, alles was den Gedanken der Blockfreiheit stärkt, auch auf Europa anzuwenden und dort fruchtbar zu machen? Ich habe in diesem Zusammenhang an Sie die Frage, warum denn die Bundesrepublik mit anderen Ländern der Westeuropäischen Union und der NATO zusammen mit einem Blockverhalten in die Stockholmer Konferenz hineingegangen ist, indem sie zunächst einen NATO-Vorschlag auf den Tisch geknallt hat, der geradezu das Njet der anderen Seite programmiert hat. Wäre es da nicht besser gewesen, mit einer offenen Haltung unter den 35 Ländern einmal auszusondieren, was es alles gibt?

Schließlich die letzte Frage: Sie haben auf die Besonderheit und die Vorteile des Artikels 5 mit seiner **Beistandsautomatik** hingewiesen. Ich verstehe Ihre Präferenz, wenn ich das ausschließlich aus der Sicht der Abschreckung sehe. Sie wissen aber, daß sich gerade die Kräfte der Friedensbewegung daran gewöhnt haben, auch den anderen Gedanken mit hinzuzudenken, nämlich den Gedanken des Versagens der Abschreckung.

Meinen Sie nicht auch, Herr Bundesaußenminister, daß man mit einer Beistandsautomatik sehr leicht und unter besonders fatalen Bedingungen im Atomzeitalter in eine automatische Situation des Hineinschlitters in einen Krieg kommen kann, wie das am Vorabend des Ersten Weltkriegs der Fall war, und daß sich dann das, was Sie als Vorteil des Artikels 5 der WEU betrachten, keineswegs als Vorteil herausstellen würde?

Außenminister Genscher (Bundesrepublik Deutschland). — Herr Abgeordneter, es gehört zu den Vorzügen des westlichen Bündnisses, daß es Sicherheitsfragen nicht nur unter dem militärischen Aspekt, sondern auch unter dem politischen Aspekt betrachtet, weil wir wissen, daß militärische Anstrengungen, wie es auch der Harmel-Bericht sagt, allein nicht geeignet sein können, Sicherheit und Frieden zu garantieren. Politische Bemühungen sind notwendig, um Konfliktursachen abzubauen, neue Konflikte nicht entstehen zu lassen und Krisen politisch zu beherrschen. Diese Grundgedanken sind Inhalt der Sicherheitsstrategie des Bündnisses, zu deren integralen Bestandteilen auch Abrüstung und Rüstungskontrolle gehören. Vor diesem Hintergrund ist natürlich auch die künftige Aufgabe des Rüstungskontrollamts zu überprüfen.

Ich komme nun zu Ihrem Hinweis auf eine **Abrüstungsdynamik**. Eine solche Abrüstungsdynamik haben wir in verschiedenen Bereichen in gewissen Grenzen versucht. Ich hielt das Moratorium des westlichen Bündnisses bei den Mittelstreckenraketen von 1979 bis 1984 bei fortschreitender sowjetischer SS-20-Rüstung für den Versuch einer Abrüstungsdynamik, der allerdings mit einer Aufrüstungsdynamik im Osten beantwortet wurde. Auch die konventionelle Unterlegenheit des Westens ist ein solcher Beitrag, aber immer in bestimmten Grenzen. Es gibt Beispiele, wo die Abrüstungsdyna-

mik so weit ging, daß sie zur Aggression eingeladen hat. **Afghanistan** ist ein Beispiel dafür.

Ich glaube im übrigen, um auf Ihren Hinweis hinsichtlich der Beistandsverpflichtungen zu kommen, daß das afghanische Volk heute noch in Frieden und ohne fremde Besatzung leben könnte, wenn es Länder gegeben hätte, die ihm vertraglich zum Beistand verbunden gewesen wären. Ich bitte also zu sehen, daß leider in der hochgerüsteten Umwelt, in der wir leben — ich sage: leider —, kein anderer Weg als derjenige gegeben ist, der von uns beschritten wird, nämlich Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu suchen. Eine Eigendynamik unter Verzicht auf eigene Sicherheitsinteressen würde andere Entwicklungen als die von Ihnen erhofften und erwünschten einleiten. Mit der Strategie der Abschreckung hat das alles überhaupt nichts zu tun. Das würde auch dann gelten, wenn es keine Strategie der Abschreckung, sondern andere Strategien gäbe. Ihr Hinweis, in anderem Zusammenhang gebraucht, auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg unterstreicht das.

Ich komme zu Ihrer Frage nach der **Zusammenarbeit mit Frankreich**. Von dieser Zusammenarbeit wird ganz sicher eine Aufrüstungsdynamik nicht ausgehen. Es hat auch in der Vergangenheit schon Kooperationen mit Frankreich gegeben, auch im Bereich konventioneller ballistischer Raketen. Das ist an sich gar kein Qualitätssprung, wenn es so etwas geben würde. Ob es das geben wird, kann heute nicht vorausgesagt werden.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des niederländischen Staatsministers für Verteidigung, van Houwelingen

(Themen: Stärkung der Rolle Europas im Atlantischen Bündnis — die zukünftige Arbeit der IEPC — die Zweibahnstraße in der Rüstungsbeschaffung)

Gansel (SPD): Herr Minister, ich glaube, daß wir unseren Völkern die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung nur dann vermitteln können, wenn das gleiche auch für eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle gilt. Eine Politik auf der Grundlage des Harmel-Berichts — diese Grundlage gilt ja für die NATO auch weiterhin — kann nur Erfolg haben, wenn wir dort, wo es notwendig ist, nicht nur gemeinsam rüsten, sondern dort, wo es notwendig ist, auch gemeinsam entspannen. Wir dürfen in keinem Fall nur gemeinsam rüsten, aber separat entspannen.

Ich möchte in meiner Fragestellung an die Fragen meiner Kollegen anknüpfen. Ich glaube, daß die Art, wie die holländische Regierung die Mehrheitsmeinung des holländischen Volkes respektiert hat, durchaus eine historische Entscheidung werden kann, wenn die Sowjetunion richtig darauf reagiert. Diese Entscheidung wäre aber schon heute von größerer politischer Bedeutung gewesen, wenn sie von

mehreren europäischen Partnern in der NATO und in der WEU geteilt worden wäre. Deshalb lautet meine erste Frage: Inwieweit haben Sie Ihre Entscheidung mit europäischen Partnern abstimmen können?

Meine zweite Frage: Die **holländische Cruise-Entscheidung** bezieht sich nur auf die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen. Es hätte nicht nur im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im Interesse anderer Stationierungsländer gelegen, wenn gegenüber der Sowjetunion auch in bezug auf Kurzstreckenraketen bestimmte Erwartungen zum Ausdruck gebracht worden wären, die nach sowjetischer Auffassung jetzt im Sinne einer Gegenmaßnahme, nach unserer Auffassung als weiterer Beitrag zum Rüstungswettlauf in der CSSR und in der DDR stationiert werden.

Ich bin Ihnen schon jetzt für Ihre Antwort dankbar.

Staatsminister van Houwelingen antwortet, die Entscheidung der niederländischen Regierung sei nicht auf Meinungsumfragen gegründet gewesen. Sie beabsichtige einen Beitrag zur Waffenverminderung. Seine Regierung habe ihre Bündnispartner ausführlich konsultiert.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich wollte Sie, bevor Sie diese Ausführungen gemacht haben, eigentlich dazu beglückwünschen, daß Sie einem Volk mit einer Regierung angehören, die auf einen Wunsch Rücksicht nimmt, der im Volk tief verankert ist. Sie haben eben aber selbst halbwegs dementiert, daß dies ein ausschlaggebendes Motiv war.

Ich möchte das, was der Kollege Gansel hier vorgebracht hat, noch einmal aufgreifen und die Frage an Sie richten, wie Ihre Regierung den Zeitraum von jetzt bis in zwei Jahren zu nutzen gedenkt. Ich will Ihnen ein Stichwort geben. In bestimmten zugespitzten Situationen, die allgemein als gefährlich eingeschätzt werden — ich verweise beispielhaft auf das seinerzeitige Verhältnis zwischen Ägypten und Israel im Nahen Osten —, haben verantwortungsbewußte Politiker alles darangesetzt, um einen Beitrag zur Entspannung zu leisten. In dem genannten Fall wurde mit der vielleicht als neuartig empfundenen Methode der shuttle diplomacy versucht, einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Unter shuttle diplomacy versteht man das intensive Hin- und Herreisen, um auf die Entscheidungszentren Einfluß zu nehmen.

Meine Frage ist: Was gedenkt die niederländische Regierung, die jetzt in einer ganz besonderen Situation ist, im Verhältnis zwischen Ost und West im Zusammenhang mit den **Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen** zu tun, um Fortschritte zu erreichen? Ist daran gedacht, eine Art shuttle diplomacy zu betreiben? Ist daran gedacht, das, was Sie beschlossen haben, aktiv in die Stockholmer Konferenz einzubringen und darauf zu bestehen, daß die Verschiebung um zwei Jahre bereits eine vertrauensbildende Maßnahme ist? Ist daran gedacht worden, konkrete Kontakte zum Beispiel zu

einer Regierung wie der Rumäniens aufzunehmen, das ja auf der anderen Seite vielleicht eine ähnlich unabhängige Position einnimmt wie Ihr Land auf unserer Seite? Warum haben Sie nicht konkret auf die Frage des Kollegen Gansel geantwortet, die darauf abzielte, weshalb Sie die Aktion, die Stationierung um zwei Jahre zu verschieben, nicht zu den sogenannten Gegenmaßnahmen in Beziehung setzen? Warum treten Sie nicht an die DDR und an die Tschechoslowakei heran und sagen, daß auch diese Länder ihr Territorium — meinetwegen für zwei Jahre — nicht für die sogenannten Gegenmaßnahmen, nämlich die Stationierung von Raketen des Typs SS 22 und SS 23 zur Verfügung stellen sollten? Ich bitte Sie, auf solche konkreten Fragen doch auch konkret zu antworten.

Staatsminister van Houwelingen sagt, die angesprochenen Fragen gehörten im wesentlichen in die Verantwortung der Außenminister, die ihrerseits Initiativen angekündigt hätten.

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich habe drei Fragen. Die erste bezieht sich noch einmal auf das, was mein Kollege Gansel bereits gefragt hat. Ich möchte vorweschicken, daß ich von der niederländischen Außenpolitik nicht Initiativen erwarten kann, die andere Länder, die etwas größer sind und in die NATO ein etwas größeres Gewicht einbringen könnten, nicht zustande gebracht haben. Aus diesem Grunde muß man das in den Relationen sehen. Die Frage bezieht sich darauf: Ist es nicht sinnvoller, Initiativen, wie sie jetzt vom holländischen Parlament und der Regierung ergriffen wurden, im Zusammenspiel mit anderen Initiativen zu koordinieren, obwohl da noch einiges unklar ist — ich nehme zur Kenntnis, was der Kollege Blaauw gesagt hat? Denn es war in den letzten Jahren durchaus ein Mangel, daß es von seiten der SPD, von seiten Craxi, von seiten der holländischen Regierung oder auch von anderen — ich nenne nur einige Beispiele — Vorschläge gegeben hat, wie man die Verhandlungen auf eine realistische Stufe stellen könnte und wie man vermeiden kann, daß die **Raketen** vor schnell **stationiert** werden. Deswegen glaube ich, daß die Koordinationsfrage, die hinter der Frage des Kollegen Gansel steckt, eine sehr bedeutsame Frage ist. Dazu möchte ich gern den Standpunkt Ihrer Regierung hören, inwieweit Sie dazu Möglichkeiten sehen oder welche Initiativen zur Koordination Sie in Zukunft vielleicht ergreifen wollen.

Die zweite Frage ist etwas kürzer. Inwieweit haben bei Ihrer Entscheidung auch Argumente eine Rolle gespielt, die sich darauf beziehen, daß die militärischen und auch einige politische Voraussetzungen des NATO-Beschlusses von 1979 im Jahr 1983 und jetzt, 1984, nicht mehr gegeben sind? Voraussetzungen auf östlicher Seite, die SS-20-Rüstung, sind noch gegeben. Aber auf westlicher Seite spielte bei uns z. B. die Einführung der air-land-battle-Konzeption, etwa des Field Manual 100/5, eine starke Rolle, die einer Stationierung von Mittelstreckensystemen automatisch einen anderen militärischen Charakter gibt als den zuvor gedachten politischen Abschreckungscharakter. Inwieweit haben solche Argumente eine Rolle gespielt?

Meine dritte Frage ist wieder etwas allgemeiner. Mich wunderte, auch in unserer innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, warum diejenigen, die ihre Bedenken gegen eine Stationierung formulieren, nicht stärker, als das bisher geschehen ist, ob in Holland oder anderswo, die Position überlegen, den militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses durch eine Stationierung solcher Mittelstreckensysteme auf U-Booten zu ändern. Dies wäre vom militärischen Gleichgewicht her gegenüber der Sowjetunion das gleiche. Aber die existentielle Frage, die sich mit der Raketenstationierung mitten in unseren Ländern stellt, würde sich anders beantworten lassen. Es wäre weniger selbstgefährdend, um es kurz und griffig auszudrücken. Mich wundert also, warum diese Überlegungen nicht mehr diskutiert werden, und eine diesbezügliche Frage an die Regierung, warum das bei Ihnen nicht geschieht, würde mich interessieren.

Staatsminister van Houwelingen antwortet, die niederländische Regierung beabsichtige die Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Front in den Verhandlungen mit der UdSSR. Doch innerhalb dieses Rahmens sollten die nationalen Regierungen die Möglichkeit besitzen, unabhängige Ideen zur Bildung dieser Politik zu verfolgen. Gäbe die UdSSR ihre Politik der Stationierung von SS-20 auf, würde das Bündnis versuchen, ein Gleichgewicht herzustellen und die Niederlande würden dieser Bündnispolitik folgen.

Tagesordnungspunkt:

AWACS und Nimrod-Flugzeuge

(Drucksache 974)

Berichterstatter:

Abg. Dr. Freiherr Spies von Bülleheim
(Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Freiherr Spies von Bülleheim (CDU/CSU): Herr Präsident. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich auch jetzt wieder bemühen, unter 20 Minuten Redezeit zu bleiben, obwohl es wahrscheinlich nicht so weit unter 20 Minuten sein wird wie heute morgen.

Obwohl ich mich kurzfassen will, erlauben Sie mir, Herr Präsident, einige Sätze zu sagen, die nicht zu dem Gegenstand meines Berichts gehören. Die Bekundungen des Willens einer **Wiederbelebung der WEU** in den nationalen Regierungen werden immer konkreter. Wir haben das heute morgen auch in dem Bericht von Herrn Bundesminister Genscher über die Tagung der Minister vom 12. Juni wieder gehört. Die Minister sind übereingekommen — so hat er wörtlich erklärt —, den Ständigen Rat damit zu beauftragen, auf der Grundlage des Ihnen vorliegenden Arbeitspapiers zu weiteren Fragen der Belebung der Westeuropäischen Union konkrete Vorschläge bis zur Oktobersitzung in Rom zu erarbeiten. Es ist beabsichtigt, in Rom eine politische Grundsatzserklärung zu verabschieden.

Ich möchte ein paar Sätze darauf verwenden, weil ich meine, Herr Präsident, verehrte Kollegen, daß diese Wiederbelebung der WEU in diesem konkreten Stadium, in das sie jetzt gekommen ist, nicht allein eine Frage der Beamten und der nationalen Regierungen sein darf, sondern da ist auch der Parlamentarier aufgerufen. Ich meine, Herr Präsident, daß sich diese Versammlung und daß wir uns alle, denen die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik besonders am Herzen liegt, bei unseren nationalen Regierungen darum kümmern müssen, wie dieser Bericht des Ständigen Ausschusses aussieht. Ich möchte Sie, Herr Präsident, bitten und uns alle dazu aufrufen, daß Anfang September zu tun. Es ist schon oft eine gute politische europäische Idee im Getriebe des Apparates der Ministerien und der Beamten dann nicht vorangekommen, sondern stekengeblieben, und ich glaube, wir können in diesem Stadium hier etwas tun. Weil ich glaube, daß das notwendig ist, habe ich mir erlaubt, außerhalb meines Berichts kurz darauf zu verweisen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat — damit komme ich zum Gegenstand meines Berichts — den Bericht über AWACS und Nimrod verabschiedet, der Ihnen vorliegt. Was ist **AWACS**? AWACS ist eine fliegende Radarstation, die in 10 000 Meter Höhe mit einem sich drehenden Dom operiert, die wegen dieser Höhe alle Aufgaben erfüllen kann, die Bodenstationen wegen der Erdkrümmung nicht erfüllen können. Fliegendes Radar, AWACS-Stationen, können tieffliegende Flugzeuge erkennen, AWACS kann mindestens 200 Kilometer und auch weiter — wie weit ist geheim —, an der Grenze entlangfliegend, in feindliches oder in das Territorium anderer Länder hineinsehen, ohne deren Luftraum zu verletzen. AWACS kann auch die Unendlichkeit der Weite des Meeres überblicken und kontrollieren, weil sich die Fähigkeiten addieren, einmal sehr weit zu sehen und sich zum anderen in hoher Geschwindigkeit zu bewegen. Deswegen sind AWACS-Flugzeuge so bedeutsam geworden. Sie sind so bedeutsam, daß auch die Sowjetunion — daran wird eigentlich viel zu wenig erinnert — eine erhebliche Entwicklung auf diesem Gebiet hinter sich hat. Die fliegenden sowjetischen Main-Stay-Stationen — das ist der NATO-Begriff — sind offenbar auch sehr weit entwickelt. Auch Australien, Japan und Israel haben zum Teil schon fliegende Radarstationen; aber das am weitesten entwickelte System ist das System der Vereinigten Staaten, welches nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 erstellt wurde. Da hat man erkannt, daß es einfach notwendig ist, eine rechtzeitige Warnung zu haben. Man hat damals erkannt, daß es notwendig sei, das Radarsystem zu verbessern, und dafür muß es fliegen.

Im Jahre 1972 war das Projekt fertig, im Jahre 1975 flogen die ersten AWACS-Maschinen, und heute verfügen die Vereinigten Staaten über 34 AWACS-Maschinen, die eine große Bedeutung erlangt haben, weil sie auch in anderen Spannungsgebieten dieser Welt, Libanon, Ägypten, Sudan, geflogen sind, um dort den Luftraum und auch militärische Operationen auf der Erde zu überprüfen und rechtzeitig feststellen zu können.

Die NATO hat sich erstmalig 1976 um dieses System intensiv bemüht, und im Jahre 1978 haben zwölf Staaten — später kam Belgien hinzu —, also insgesamt dreizehn Staaten, beschlossen, das AWACS-Projekt voranzubringen. Das Vereinigte Königreich hat sich dann später in einer Vereinbarung zwischen den Verteidigungsministern von dem AWACS-Projekt als solchem gelöst. Das Vereinigte Königreich geht mit dem Nimrod-Konzept zwar seinen eigenen Weg, aber die Nimrod-Flugzeuge werden sehr eng mit dem AWACS-System zusammenarbeiten. Sie sind voll kompatibel, sie sind voll gemeinsam mit dem AWACS-System zu betreiben, und sie haben zudem auch sehr spezielle Aufgaben, die auch die NATO im europäischen Bereich notwendigerweise erfüllen muß, weil sie besonders für die Überwachung des Seeraumes geeignet sind, und dafür bietet sich auch der Standort im Vereinigten Königreich an.

Das AWACS-Konzept, welches darauf hinausläuft, daß wir 18 AWACS-Maschinen haben sollen, wird etwa zwei Milliarden DM kosten. Die Hauptbasis liegt an der deutsch-niederländischen-belgischen Grenze bei Aachen in der Bundesrepublik Deutschland, und wir werden Außenstationen in Griechenland, Italien, der Türkei und Norwegen haben. Ohne auf weitere technische Einzelheiten einzugehen, muß man erwähnen, daß das AWACS-Konzept die Überarbeitung der 34 großen NATO-Bodenstationen notwendig gemacht hat, die wir im NATO-Bereich haben. Diese sind notwendig, um die Daten der fliegenden AWACS-Flugzeuge aufzunehmen und zu ergänzen.

Unsere NATO-AWACS-Maschinen, die eine große Beobachtungs- und Absicherungsfunktion haben, sind eigentlich die gleichen Flugzeuge, wie sie die USA zur Verfügung haben; aber sie haben eine gewisse Veränderung, weil sie keine Führungs- und Kontrollfunktion nach dem jetzigen Konzept haben. Sie haben keine Auftankmöglichkeit in der Luft, und es ist gerade ein Teil der Empfehlung, die der Ausschuß Ihnen vorgeschlagen hat, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, eine weitere Annäherung an die Ausstattung der Maschinen der Vereinigten Staaten zu erreichen, und zwar auch im Hinblick auf die Auftankmöglichkeit.

Die Bedeutung der AWACS-Einheit liegt neben ihrer Technik auch darin, daß dies die erste wirkliche NATO-Einheit ist, wo Angehörige der Streitkräfte von 13 Nationen unmittelbar zusammenarbeiten. Die fliegende Crew eines AWACS-Flugzeuges besteht aus drei Piloten und einem Navigator, also aus vier Personen, und die Arbeits-Crew macht 13 Personen aus, so daß es insgesamt 17 sind.

Wir haben inzwischen 30 solcher Crews ausgebildet und zusammengestellt. Es ist sehr oft so, daß diese 17 Mann neun verschiedenen Nationen angehören. Das ist beispielhaft, das gibt es zum erstenmal, und das ist, glaube ich, erwähnenswert. Wir sollten es mit Dankbarkeit vermerken, daß es möglich war und ist, daß Angehörige von neun Nationen in einer Crew von 17 auf einem so engen Raum und bei einer so eng gestellten Aufgabe zusammenarbeiten.

Im Augenblick hat die NATO von den angestrebten 18 Flugzeugen elf Flugzeuge in Betrieb, und Ende 1985 soll das 18. Flugzeug in Betrieb sein, so daß die AWACS-Einheit dann vollständig wäre.

Ich will noch kurz auf die **Nimrods** eingehen. Ich glaube, ich habe bereits erwähnt, daß es das Vereinigte Königreich auf sich genommen hat, für diese besondere Aufgabenstellung allein elf Nimrod-Flugzeuge in die Luft zu bringen, was eine sehr beachtliche Belastung ist, die das Vereinigte Königreich trägt. Von diesen elf Flugzeugen fliegen im Augenblick erst zwei.

Ich sollte erwähnen, daß auch Frankreich eine nationale Überwachungseinheit mit fliegendem Radarsystem anstrebt und daß im Augenblick — man weiß nichts Genaues — die Weichen wohl so gestellt sind, daß auch Frankreich aus Gründen der Gemeinsamkeit der Verteidigung, aus Gründen der Beschleunigung des Programms und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit des Programms zumindest dem Gedanken nahesteht, auch AWACS-Maschinen von den Vereinigten Staaten zu erwerben, allerdings mit einer Elektronik, wie auch bei den übrigen AWACS-Maschinen, die weitgehend in Europa und auch in Frankreich beschafft wird.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, in der Vorbereitung dieses Berichts haben mich manche Kollegen gefragt, warum ich denn zu dieser oder jener Frage nicht nähere Ausführungen gemacht habe. Ich mußte darauf verweisen, daß dieser Bericht an der Grenzlinie dessen erarbeitet werden mußte, was veröffentlicht worden ist, was sich zur Veröffentlichung eignet, und dem, was aus Sicherheitsinteressen nicht veröffentlicht werden kann. Was Sie also in diesem Bericht vermissen, ist nicht so sehr der mangelnde Fleiß des Berichterstatters und des Sekretärs, dem ich für seine freundliche Mitarbeit herzlich danken möchte, zuzuschreiben, sondern die Ursache dafür ist diese Situation. Wir haben das im Ausschuß diskutiert und wir sind der Meinung, daß wir in einigen Jahren einen ergänzenden Bericht zum fliegenden Frühwarnsystem in diesem Ausschuß erstellen sollten, wenn auch das Nimrod-Projekt weiter fortgeschritten ist.

Lassen Sie mich, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der Bemerkung schließen, daß das AWACS-Projekt der NATO ein rein defensives Projekt ist. Hier fliegt ein unbewaffnetes Flugzeug, das nichts weiter tut, als Aktionen zu Lande, zu Wasser und in der Luft in einem breiten Raum zu beobachten. Dieses System bringt unseren Ländern durch diese Möglichkeit der intensiven Beobachtung mehr Sicherheit und ist damit, glaube ich, Teil einer vertrauensbildenden Maßnahme, die notwendig ist, damit wir in Europa den Frieden erhalten. — Vielen Dank.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich vor allem auf das, was der Kollege De Decker heute vorgetragen hat, aber auch auf den Entwurf einer Empfehlung. Es fällt auf, daß nach einer neuen europäischen Dimension im Bereich der Sicherheitspolitik gefragt wird, daß aber nicht — wir hatten ja heute mehrfach Gelegenheit, darauf einzugehen — mit

gleicher Intensität auf eine neue europäische Dimension bzw. eine neue europäische Dynamik im Bereich der Abrüstung hingearbeitet wird.

Ich möchte kurz einige Beispiele nennen, was **Europäisierung von Abrüstung** bewirken könnte. Auf der Konferenz von Stockholm, wo sich 35 Nationen zusammengefunden haben, hätte Europäisierung der Abrüstung bedeutet, daß gerade die Europäer untereinander hätten versuchen können, neue Wege zu finden, daß man im Unterschied zu der Art und Weise, wie die Länder der NATO vorgegangen sind, die gewissermaßen ein komplexes Paket auf den Tisch geknallt haben, erst einmal hingehört hätte, was denn unsere Kollegen aus Rumänien, was die Kollegen aus Ungarn, was meinetwegen auch die Kollegen aus der DDR für eigenständige Vorschläge unterbreiten können. Nach einer ersten Phase — zum Beispiel nach dem 16. März — hätten dann all diese Vorschläge in den Hauptstädten erst einmal bewertet werden können. Erst danach hätte man zu gemeinsamen Vorstellungen kommen können.

Statt dessen hat man an der alten Form der Blockpolitik festgehalten. Auf diese Weise kann sich nichts bewegen. Es kann sich auch nichts an Verhandlungstischen bewegen, die von vornherein in einer Schieflage sind. Schon in Genf hatten wir das Problem, daß die Seemacht USA zu der Landmacht Sowjetunion gesagt hat: Well, laßt uns über alles reden, nur nicht über seegestützte Systeme, weder über seegestützte Raketen noch über seegestützte Flugzeuge. — Bei einer solchen Ausgangsposition in den Verhandlungen kann es nicht zu einem Ergebnis kommen. Das ist eine unseriöse Ausgangslage.

Das gleiche beobachten wir jetzt in Stockholm. Unter dem Einfluß der NATO-Kooperation und unter dem Vorwand, man wolle vertrauensbildende Maßnahmen schaffen, hat man sich von vornherein auf die Waffen im konventionellen Bereich beschränkt. Man behauptete schlichtweg, das Mandat von Madrid erlaube keine Initiativen im atomaren Bereich, obwohl es sich dabei doch um genau das Gebiet handelt, das die Völker am meisten beunruhigt.

Eine gemeinsame europäische Initiative hätte also bedeutet, daß man erst einmal die Vorschläge der verschiedenen europäischen Länder zur Kenntnis nimmt, daß man zum Beispiel auf den Vorschlag eines Palme-Korridors eingeht, daß man zum Beispiel auf den Vorschlag von Craxi eingeht, daß man sich erst einmal unter den Europäern autonom koordiniert und nicht von vornherein unter der Dominanz der USA ein Bündel von Vorschlägen macht, die sofort — gewissermaßen mit einer unheilvollen Automatik — das Njet der Sowjetunion herausfordern.

Ich möchte — um ein gutes Beispiel zu nennen — darauf verweisen, wie Rumänien sich verhalten hat. Ich möchte auch sagen — wir haben darüber bereits im Unterausschuß „Abrüstung“ des Deutschen Bundestages gesprochen —, daß offensichtlich der Vertreter der DDR — ich sage dies nicht, weil ich eine besondere Schwäche für die DDR habe; ich habe schließlich Einreiseverbot für die DDR — an

seine Aufgabe schöpferischer herangeht und mehr Spielräume herausholen will, als das beispielsweise die Vertreter der westdeutschen Außenpolitik tun.

Ich will hier auch noch einmal auf das eingehen, was die **Friedensbewegung** will. Die Friedensbewegung hat nicht auf den Straßen und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens mit außergewöhnlichen Anstrengungen ihren Kampf geführt, um den Wind in die Segel derer zu blasen, die einen neuen militärischen Aufbau der Europäischen Gemeinschaft und der Länder der WEU wollen. Die Friedensbewegung hat vielmehr gekämpft, um von jenem Zustand der Hochrüstung herunterzukommen. Es wäre nicht nur ein Mißverständnis der Friedensbewegung, sondern auch ein Mißbrauch, Herr De Decker, wenn Sie glauben, daß wir das Feld gepflügt haben, damit andere ihren militaristischen Samen in die Erde streuen können. Das ist nicht der Sinn der Aktivitäten der Friedensbewegung gewesen.

Wir lehnen also einen neuen militärischen Aufbau der Europäischen Gemeinschaft ab. Wir lehnen eine Rüstungsagentur ab, wie sie vom Europäischen Parlament bereits im September 1979 gefordert worden ist. Wir wollen statt dessen eine Abrüstungsagentur. Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß das jetzige Rüstungskontrollamt künftig — sicher auf einer neuen und erweiterten Grundlage — eine solche Rolle übernehmen könnte. Dann wäre im Europäischen Parlament auch ein Abrüstungsausschuß zu schaffen. Wir wollen nicht, daß die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union eine abschreckende Gemeinschaft wird. Wir denken vielmehr an eine gewinnende Gemeinschaft. Wir wollen eine Gemeinschaft, die sich im wesentlichen auf die eigenen Machtquellen besinnt, die ziviler Natur und nicht militärischer Natur sind.

Wir weisen darauf hin, daß die **Produktions- und Lebensweise der Europäer**, die doch sehr weitgehend verschwenderisch mit fremden Rohstoffen umgehen, den militärischen Aufbau geradezu herbeizwingt. Die richtige Antwort darauf wäre, einen Weg der Selbstbeschränkung, einen Weg der Selbstgenügsamkeit zu gehen und z. B. auf neuer technologischer Grundlage mit den eigenen Reserven Energien zu erzeugen. Ich verweise auf Kohlekraftwerke und das Wirbelschichtverfahren. Dann wäre man nämlich nicht in dem bisherigen Ausmaß auf das Öl aus anderen Ländern, d. h. auf fremde Rohstoffe angewiesen. Dann käme es auch nicht zu einer Situation, in der die Regierungen meinen — sie sind ja doch nicht die geborenen Bösewichte —, sie seien sozusagen von den Bevölkerungen stillschweigend beauftragt, fremde Rohstoffe notfalls mit militärischer Gewalt zu sichern. Das heißt, wir wollen, daß die Betroffenen, daß die Völker erkennen, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch sie selbst Verantwortung tragen. Ebenso wollen wir, daß die Wirtschaftsmanager erkennen, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch sie selbst Verantwortung dafür tragen, daß man andere Wege beschreiten kann. Wir nennen sie die sanften Wege, die Wege der sanften Technologie, nicht der harten Technologie. Mit anderen Worten: Wir meinen, daß

gerade im Bereich der Wirtschaftsorganisation, daß im Bereich des Verbrauchs die Weichen im Hinblick auf eine Gemeinschaft, die friedlich sein kann, oder im Hinblick auf eine Gemeinschaft, die den harten Weg und den Weg der Abschreckung geht, gestellt werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat ursprünglich einen friedenspolitischen Impuls gehabt. Es war das Streben der ausgebluteten Völker nach dem Zweiten Weltkrieg — die Widerstandsorganisationen haben bereits während des Zweiten Weltkrieges in dieser Richtung gewirkt —, daß es nicht zu einem neuen militärischen Aufbau kommen sollte und daß die erste Sorge nicht die Rüstung sein sollte. Die erste Sorge — das war die List des Schuman-Plans — der europäischen Völker war, von der Grundstoffindustrie her, also von Kohle und Stahl her zu verhindern, daß insbesondere die Streithähne Frankreich und die Bundesrepublik wieder militärisch aufeinander losgehen können. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte hat sich aber herausgestellt, daß dies, wenn man es isoliert betrachtet, ein unmoderner Ansatz ist. Die Europäer sind offensichtlich im Begriff, ein neues Reich aufzubauen, diesmal nicht nach der Reichsgründungsformel „Blut und Eisen“, wie es Bismarck gefordert hat, sondern nach einer völlig neuartigen Reichsgründungsformel, nämlich nach der Formel „Plutonium und Krebs“. Das ist natürlich nur ein Beispiel. Das ist nur ein Aphorismus. Das heißt, daß sie zwar versuchen, nach innen eine friedliche Binnenstruktur aufzubauen, daß sie aber gleichzeitig im Begriff sind, nach außen eine kriegerische und eine abschreckende Struktur aufzubauen. Wir meinen, bei dieser Weichenstellung muß schon den Anfängen gewehrt werden.

Ich bitte alle Berichterstatter und alle Redner hier im Raum, zu berücksichtigen, daß die Völker sich durchaus zu artikulieren wissen, daß die Völker sich zum Beispiel jetzt im Zusammenhang mit der Europawahl artikuliert haben. Bei der Europawahl hat der Wunsch nach Alternativen ja durchaus seinen Durchbruch gefunden. Wenn der Partei des Außenministers der Bundesrepublik, der heute morgen hier gesprochen hat und dessen Partei durchaus einen europäischen Wahlkampf geführt hat, und zwar im Sinne des harten Weges, im Sinne der europäischen Militärgemeinschaft, im Sinne der europäischen Rüstungsagentur, im Sinne des Art. 68 des Vertrages über eine Europäische Union, der eine militärische Zuständigkeit der Europäischen Union fordert, von der bundesrepublikanischen Wahlbevölkerung nur 4,8 % der Stimmen gegeben worden sind, auf der anderen Seite aber eine Kraft wie DIE GRÜNEN, die fordert, daß Westeuropa den Weg einer Zivilmacht beschreitet, 8,2 % der Stimmen und sieben Mandate erhalten hat, dann ist das eine Aussage, an der auch die Westeuropäische Union nicht vorbeigehen sollte.

Um es noch einmal konkret zu sagen: Wir möchten hier anregen, daß Sie sich der zivilen Quellen der europäischen Völker, der europäischen Gesellschaften bewußter werden. Wir wollen anregen, daß Sie auf die Abrüstung mehr Wert legen, daß aus dem

Schoß der Westeuropäischen Union heraus die Weichen für mehr Initiativen im Bereich der Abrüstung gestellt werden, daß dafür nicht verbale Lippenbekenntnisse abgegeben, sondern institutionelle Vorkehrungen getroffen werden. — Danke schön.

Empfehlung 405

betr. AWACS- und NIMROD-Flugzeuge

Die Versammlung,

- (i) verfolgt mit starkem Interesse die Aufstellung der aus dem fliegenden NATO-Frühwarnverband E-3A in Geilenkirchen (Bundesrepublik Deutschland) und dem Nimrod-Verband in Waddington (Vereinigtes Königreich) zusammengesetzten gemischten fliegenden Frühwarnflotte der NATO;
- (ii) begrüßt die integrierte Beschaffenheit des E-3A-Verbands der NATO-AWACS-Flotte, an dem Fliegerpersonal aus neun kontinentaleuropäischen Streitkräften sowie aus den USA und Kanada beteiligt ist und betrachtet eine solche Integration als beispielhaft für künftige Vorhaben mit multilateralen Verbänden;
- (iii) ist sich bewußt, daß dem Nordatlantikrat als solchem die politische Führung und SACEUR sowie seinem nachgeordneten Befehlshaber, dem Befehlshaber der gemischten fliegenden Frühwarnflotte der NATO, die militärische Führung über diesen NATO-Verband obliegt;
- (iv) stellt mit Befriedigung fest, daß diese wichtige Flotte im Einklang mit den ursprünglich vereinbarten Plänen zügig aufgestellt wird;
- (v) begrüßt die Tatsache, daß auch Frankreich durch die Bestellung der gleichen AWACS-Flugzeugtypen seine Luftverteidigung mit derjenigen der NATO enger verbinden und dadurch eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigungskapazität herbeiführen könnte;
- (vi) vertritt die Ansicht, daß die britische Entscheidung für den Nimrod-Verband wegen der maritimen Fähigkeiten des Verbandes auch den anderen Mitgliedstaaten zugute kommen könnte, jedoch nur dann, wenn die elf Flugzeuge des Verbandes bis 1986 einsatzfähig sind;

EMPFIEHLT DEM RAT,

I. innerhalb der NATO folgendes zu fördern:

- a) organisatorische Strukturen, die gewährleisten, daß die nationale US-AWACS-Flotte, der NATO E-3A-Verband, der Nimrod-Verband sowie eine mögliche spätere französische AWACS-Flotte mit der gleichen Hard- und Software ausgestattet werden und einander angeglichenere Verfahren anwenden, damit aus den alliierten Verteidigungsanstrengungen und Verteidigungsausgaben die größtmögliche Effektivität erzielt wird;

- b) Verbesserungen des NATO E-3A-Verbands durch den Einbau von Luftbetankungsanlagen in dessen Flugzeugen, wobei finanziell tragbare technische Änderungen und eine fachgerechte Ausbildung seiner Besatzungen durchzuführen sind und das Vorhandensein amerikanischer und britischer Tankerflugzeuge zu berücksichtigen ist;
 - c) Ausbildung der erforderlichen Anzahl von Luftwaffen-Stabsoffizieren für den Einsatz in NATO E-3A-Flugzeugen als Führungszentralen in Notfällen;
 - d) die Ausarbeitung eines Regelwerkes, das im Falle der Aufstellung weiterer multilateraler militärischer Verbände zur gemeinsamen Verteidigung angewandt werden kann und somit die aus der Bildung der NATO E-3A AWACS-Flotte gewonnenen Erfahrungen zusammenfaßt;
- II. die Regierung Frankreichs daran zu erinnern, welche Bedeutung er einer raschen Entscheidung hinsichtlich der Beschaffung der AWACS-Flotte durch Frankreich beimißt.

Donnerstag, 21. Juni 1984

Tagesordnungspunkt:

Rüstungskontrolle und Abrüstung

(Drucksache 972)

Berichterstatter: Abg. de Vries (Niederlande)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Bericht vorliegen, der im Rahmen der bisherigen Bemühungen um Abrüstung durchaus adäquat ist, d. h. der all die Formeln aufnimmt, die in der Abrüstungsdebatte benutzt worden sind, die aber — das muß ich nun leider mit Bedauern hinzufügen — nirgends zum Erfolg geführt haben. Zum Beispiel wird auf Maßnahmen der Verhandlungen vertraut, es wird die Verifikation angestrebt, und beides hat bisher nicht funktioniert. Verhandlungen haben nicht funktioniert, weil man auf wechselseitigen, gleichzeitigen und ausgewogenen Aktionen bestanden hat. Wir wissen aus den Verhandlungen in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und auch aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, daß dies bisher niemals zu wirklicher Abrüstung geführt hat. Sie werden mir kein Beispiel dafür nennen können, wo auf Grund von Verhandlungen wirklich Abrüstung zustande gekommen ist. Deshalb ist es wichtig zu betonen, daß aus den Völkern, die genauso wie die Regierungen Abrüstung wollen, neue Initiativen und neue Haltungen gekommen sind. Eine dieser Haltungen, die in der Wissenschaft als Gradualismus beschrieben wird, drückt sich bei uns in der Bundesrepublik,

aber auch anderswo und insbesondere weltweit in den Kirchen in der Konzeption der **Politik der kalkulierten Vorleistungen** aus.

Der Unterschied zu den bisherigen Konzeptionen ist, daß man nicht mehr die Maßnahmen, die man im Auge hat, von der Bedingung abhängig macht, daß das Gegenüber tatsächlich die gleiche Maßnahme in gleichem Ausmaß vollzieht. Ich glaube, ich habe gestern schon einmal gesagt, daß das gnausowenig funktioniert hat, wie jemals zwei verklemmt höfliche Deutsche gemeinsam durch eine Tür kommen. Nach der Formel, „Hannemann, geh' du voran“, geht das nicht, weil keiner wirklich vorgeht, und dann blockiert das.

Die Alternative dazu ist — ich würde mich sehr freuen, wenn auch der Präsident mit seiner Aufmerksamkeit zur Verfügung stehen würde —, daß mein Land eine Maßnahme ankündigt und sie auch wirklich vollzieht und den Vollzug dieser Maßnahme oder auch schon die Ankündigung mit einem klaren Zeithorizont verbindet. Die Maßnahme wird also angekündigt und vollzogen. Es wird aber auch festgestellt, daß, wenn innerhalb des nächsten halben Jahres oder innerhalb des nächsten Jahres keine vergleichbare — es muß nicht die gleiche Maßnahme sein — Maßnahme im Abrüstungsbereich geschieht, man sich die Situation neu überlegen muß, neu bilanzieren muß. Andersherum: Wenn in diesem Zeitraum eine befriedigende Maßnahme geschieht, kann man weitergehen, und das kann allmählich zu einer Deeskalation führen. Ich habe deshalb schon gestern gesagt, daß bei gutem Willen die Aktion der holländischen Regierung in diesen Bereich einzuordnen ist, daß allerdings versäumt worden ist, sie mit einer solchen klaren Erwartung zu kombinieren, und zwar an die Adresse adäquater Regierungen im anderen Bündnissystem, z. B. an die Adresse der Tschechoslowakei und der DDR, nun auch ihr Gebiet nicht zur Stationierung der Waffen der sogenannten Gegenmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Das ist der gedankliche Ansatz der Politik der kalkulierten Vorleistungen.

So etwas, was auch in allen Völkern der Westeuropäischen Union entwickelt wird, finde ich in diesem Projekt der Empfehlungen leider nicht wieder. Ich habe mir natürlich überlegt, ob man daran durch „Amendments“ etwas ändern kann, aber ich glaube, das wäre nicht der richtige Weg gewesen. Der richtige Weg ist es, aus einer politischen Analyse heraus einmal eine Studie über solche neuen Ansätze der **Abrüstungsstrategie** zu machen.

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung machen. Der Autor dieses Berichts, insbesondere auch die Empfehlungen, stellen sehr stark auf die Verhandlungen ab, die jetzt im Augenblick noch in Genf, Wien und in Stockholm stattfinden. Ich muß dem Berichterstatter leider sagen, daß ich seine Hoffnungen hier nicht teilen kann. Wir waren vor kurzem mit einer Delegation von Abrüstungsspezialisten Grüner Parteien in **Stockholm** und haben mit verschiedenen Delegationen gesprochen. Der Befund ist niederschmetternd. Es gibt zwar einige Delegationen, wo man das Gefühl hat, hier wird

etwas gewagt, hier wird auch versucht, mit der Materie sehr schöpferisch umzugehen. Da möchte ich vor allem die rumänische, aber auch die schwedische Delegation nennen, wobei Schweden als Gastgeber allerdings nicht so kann, wie es vielleicht sonst vorgehen würde. Es fühlt sich als Gastgeber eher gehemmt, als daß es meint, nun stimulierend einwirken zu können. Zunächst einmal liegt eine sehr niederschmetternde Interpretation des Madrider Mandats vor, da man von vornherein behauptet, Maßnahmen im Bereich der Atomwaffen, z. B. Palme-Korridor usw., lassen sich überhaupt nicht in den Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen einfügen, obwohl doch, wenn man die Beunruhigung der Völker und auch das Hauptgefahrenmoment in den internationalen Beziehungen sieht, durchaus sagen müßte, daß man da ansetzen und primär anpacken muß.

Was ist geschehen? Die westlichen Regierungen, insbesondere die NATO-Regierungen — die Bundesrepublik spielt da eine unrühmliche Rolle —, haben von vornherein Druck in alle Himmelsrichtungen ausgeübt, sie haben einen Blockansatz gewählt, und sie haben im Rahmen dieses Blockansatzes, indem sie ihre NATO-Vorschläge auf den Tisch geknallt haben, von vornherein darauf hingewirkt, daß die Diskussion über die atomare Bewaffnung und die Reduktion atomarer Bewaffnung, über atomwaffenfreie Zonen, Palme-Korridor usw., nicht stattfinden konnte.

Das geschah mit der schlichten, falschen Behauptung, daß dies von vornherein das strategische Gleichgewicht so sehr berühren würde, daß es sozusagen nach dem Geist des Madrider Mandats ausgeschlossen wäre.

Wir haben, wenn wir das zugrundelegen, was sich in Stockholm ereignet, kein Verhandlungsforum, wo zur Zeit wirklich über Atomwaffen gesprochen wird. Deshalb ist es falsch, unter Hinweis auf solche Verhandlungsrunden irgendwo in unseren Bevölkerungen die Hoffnung wecken zu wollen, als käme hierbei Abrüstung heraus. Ich meine deswegen, daß der Ansatz dieses Empfehlungsentwurfs nicht weit genug geht, daß er die Hoffnung der Völker auf Abrüstungen abermals enttäuscht, und ich schlage vor — ich bitte, mir nachzusehen, daß ich mich in diesem Punkt immer wiederholen muß —, daß wir mit neuem Gedankengut und indem wir die Strömungen, die in der Friedensbewegung, in den Kirchen und in anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden sind, ernst nehmen, neue Ansätze versuchen und einen neuen, einen zusätzlichen Bericht aus einer politischen Analyse über neue Abrüstungskonzepte in dieser Versammlung erarbeiten. — Ich danke Ihnen.

Empfehlung 408

betr. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Versammlung

- (i) ist besorgt über die Verschlechterung des Klimas in den Ost-West-Beziehungen, das durch den Mangel an persönlichen Kontakten zwischen den Supermächten verschärft wird, und

zwar in einer Zeit, da es in den Führungsspitzen dieser Mächte einen Wechsel gegeben hat oder die Aussicht darauf besteht und die Verhandlungen in drei Rüstungskontrollbereichen — vollständiges Verbot von Kernwaffenversuchen, INF und START — unterbrochen sind;

- (ii) vertritt die Ansicht, daß nunmehr den drei noch laufenden Abrüstungskonferenzen in Genf, Stockholm und Wien, die alle die Aussicht auf Einigung zu gegebener Zeit bieten, eine um so größere Bedeutung zukommt;
- (iii) fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, in diesen Bereichen, die für Europa von größtem Interesse sind, die Initiative zu ergreifen, indem sie in den Verhandlungen das Bewußtsein für deren Dringlichkeit wecken;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend auf folgende Erfordernisse hinzuweisen:

1. eine gemeinsame feierliche Erklärung auszuarbeiten, in der ihre Ziele im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung erläutert werden, und die Supermächte aufzufordern, unverzüglich die unterbrochenen Verhandlungen wiederaufzunehmen, oder, wenn sie stattfinden, für eine lebhaftere Beteiligung an den Aussprachen zu sorgen;
2. in den Bemühungen um eine Wiederherstellung des Vertrauens in die Ost-West-Beziehungen als Voraussetzung für jedes Rüstungskontrollabkommen alle möglichen Initiativen zu ergreifen und dabei persönliche Kontakte auf höchster Ebene zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und der neuen Führungsspitze der Sowjetunion sowie den Führern der übrigen Ostblockstaaten zu fördern;
3. die Möglichkeit zu untersuchen, in diesem Jahr im Rahmen der Konferenz über Abrüstung in Europa und in den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen Interimsabkommen zu schließen, die sich auf die gemeinsamen Elemente der derzeitigen Vorschläge aus Ost und West stützen und der Bedeutung der Verifikationsmaßnahmen Rechnung tragen.

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt der Verwaltungsorgane der WEU 1983

(Drucksache 983)

Berichterstatter: Abg. de Vries (Niederlande)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich erfreulicherweise sehr kurz fassen. Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen, dessen kostenmäßige Auswirkungen wir vielleicht einmal untersuchen sollten.

Einige von uns haben hier mehrfach auf die Bedeutung des **Rüstungskontrollamtes** und auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß dann, wenn die Westeuropäische Union schon wiederbelebt werden soll, auch eine eigenständige Kapazität für die **Erforschung von Abrüstungsmaßnahmen** notwendig wäre. Das könnte eventuell — so möchte ich es einmal bildlich ausdrücken — eine Umrüstung des Rüstungskontrollamtes bedeuten, d. h. eine Erweiterung des Rüstungskontrollamtes hin zu einer Behörde, die sich ernsthaft mit Abrüstungskonzeptionen auseinandersetzt.

Ich habe eine konkrete Anregung — ich denke, daß man dieser vielleicht noch im Laufe dieses Jahres Rechnung tragen könnte —, nämlich einmal einen Besuch bei dem Amt für Rüstungskontrolle und Abrüstung in den USA zu machen, das ja unter Kennedy gebildet worden ist. Es funktioniert natürlich nicht unter allen Administrationen gut. In der jetzigen Situation arbeitet es eher rüstungsorientiert und unter dem Blickwinkel der Abschreckung. Immerhin ist aber das Instrumentarium vorhanden. Man kann es einmal studieren. Man kann sich auch einmal historisch damit befassen, was es bisher geleistet hat. Man kann einmal fragen, was ein solches Amt, wenn man es auf westeuropäische Verhältnisse überträgt, für kostenmäßige Auswirkungen hätte.

Das Ergebnis wäre dann in eine Anregung hinsichtlich eines neuen Designs dieser Behörde, dieser Organisation umzusetzen. Es gäbe dann sicher auch Implikationen, die wir hinsichtlich der Kosten prüfen müßten. Es stellt sich natürlich die Frage, ob auch Umschichtungsmaßnahmen möglich sind, ob man also Arbeiten, die bisher in anderer Richtung gegangen sind, stärker auf Abrüstung und Rüstungskontrolle ausrichten kann. Dies würde bedeuten, daß im Ergebnis keine zusätzlichen Kosten anfallen. Wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß eine völlig neuartige Konzeption zugrunde gelegt werden soll, so ergibt sich natürlich auch ein Kostenfaktor.

All diese Fragen sollten, wie ich glaube, einmal geprüft werden. Meine Anregung — man kann dies jetzt auch nicht im Rahmen eines Änderungsantrages ansprechen — an den Berichterstatter und an die Versammlung ist, einmal eine entsprechende Initiative ins Auge zu fassen.

Tagesordnungspunkt:

Die militärische Nutzung des Weltraums

(Drucksache 976)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson
(Vereinigtes Königreich)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, ich kann mich erneut kurz fassen und möchte darauf hinweisen, daß es vielleicht auch anderen gelingt, das kurz zu machen. Denn ich bin zum Beispiel daran interessiert, den Bericht von Herrn Antretter heute morgen noch zu hören.

Um nur auf einen Aspekt einzugehen: Wenn hier gesagt wird, wie Herr Wilkinson ausgeführt hat, daß die USA zehnmal soviel Mittel für die **Raumforschung** und für die **Raumfahrt** ausgeben, dann meine ich, das sollte für uns kein Maßstab sein. Die Europäer sollten sich dadurch auszeichnen, daß sie erst ihre **wirklichen Bedürfnisse** prüfen. Das würde ich eine Souveränität der Bedürfnisse nennen. Es ist fatal, wenn man sich an solchen Supermächten orientiert. Denn früher oder später wird das dazu führen, daß die Europäer eine eigene Supermacht aufbauen, weil sie einfach einen falschen Maßstab haben. Es gibt soviel Probleme in Europa zu lösen — es gibt zum Beispiel die Problematik der Umweltverseuchung —, daß wir alle unsere Energie darauf konzentrieren sollten, diese Probleme zu lösen.

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß wir keine hinreichenden Fortschritte im Bereich der Abrüstung gemacht haben. Also sollte man sich konzentrieren, da erst einmal Fortschritte zu erzielen, d. h. alle Intelligenz und Ressourcen, Kräfte, Phantasie usw., politischen good will konzentrieren, solche Aufgaben zu bewältigen und nicht gleich — wie man sagen würde — hoch hinaus in den Weltraum gehen. Das hat etwas Eskapistisches an sich.

Im übrigen sehe ich schon die Sorge, die der Berichterstatter hier vorgetragen hat, daß man, was die Überwachung im Weltraum angeht, zu kurz kommen könnte. Ich glaube, hier ist ein wirkliches Dilemma gegeben. Nur sollten die Europäer klarmachen, daß sie kein Interesse an einer militärischen operativen Nutzung des Weltraums haben. Vielleicht könnte diese Klarheit noch etwas stärker herausgehoben werden.

Danke schön.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Ich möchte dem Kollegen Wilkinson zu diesem Bericht gratulieren. Es ist ein Bericht, der uns auch von den einzelnen Aussagen und Empfehlungen her in die Lage versetzen könnte, bei einer Entwicklung, die im letzten Jahr rapide vorangeschritten ist, noch einigermaßen rechtzeitig eine gemeinsame europäische Antwort zu finden.

Ohne daß ich jetzt als Nichtfachmann auf diesem Gebiet alle Einzelheiten beurteilen kann, die in diesem Bericht stehen, möchte ich doch hervorheben, daß eine ganze Reihe von Vorschlägen, einschließlich einer Reihe von Amendments, die ich mit Ausnahme des Amendments Nr. 1, das mir zu weit geht, weil es alle Punkte von 2 bis 9 streichen will, gute zusätzliche Anregungen enthalten, die man zu den Punkten 1 bis 9 hinzufügen sollte, um zum einen ganz deutlich zu machen, daß es den Europäern um die **friedliche Nutzung des Weltraums** und zum anderen um die Verhinderung eines militärischen Rüstungswettlaufs im Weltraum und zum dritten darum geht, daß wir uns etwas mehr in die Lage versetzen, nicht ausschließlich von den Informationen anderer abhängig zu sein. Das heißt, wir brauchen eigene Aufklärungsmöglichkeiten, und ich möchte dies in Zusammenhang mit den rüstungskontrollpolitischen Erfordernissen bringen.

Wir sprechen gegenwärtig in Stockholm über vertrauensbildende Maßnahmen auf dem konventionellen Sektor bei der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Aber auf der anderen Seite liegt auch die fortgeschrittene Technik bei nuklearen Trägersystemen inzwischen die Vorwarnzeit in Europa — diese Systeme sind in West wie in Ost aufeinander gerichtet — teilweise unter zehn Minuten. Das heißt, wenn hier vertrauensbildende Maßnahmen greifen sollen und wenn sie uns etwas bringen müssen und sollen, dann müssen sie auch auf den nuklearen Sektor übertragen werden können, weil es fast grotesk ist, wenn man sich darüber unterhält, militärische Truppenvorbereitungen auf dem konventionellen Sektor einige Tage früher als zuvor erkennen zu können, obwohl das auch notwendig ist — ich will das nicht in Abrede stellen —, während es auf der anderen Seite bei Nuklearwaffen schon um Minuten geht. Da wir nicht allein von Europa aus darüber entscheiden können, wie schnell Fortschritte in der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung erzielt werden können, weil die beiden Weltmächte hierbei die Hauptverantwortung tragen und ohne die beiden Weltmächte keine echten Fortschritte möglich sind, ist ein dringendes Erfordernis gegeben, daß **Europa eigene Aufklärungsmöglichkeiten** bekommt, um in die Lage zu kommen, vertrauensbildende Maßnahmen in Europa nicht ausschließlich in Abhängigkeit von den Erkenntnissen der Supermächte vollziehen zu können. Dieses bringt uns in die Situation, daß eine technologische, technologiepolitische Priorität von Europa aus selbständig auf friedlichem Wege gesetzt werden muß, wobei gleichzeitig diese ganz besondere ambivalente Lage Europas auf dem militärischen Sektor berücksichtigt werden muß, ohne daß wir einen Teil der Weltraumrüstung schaffen. Wir sollten dagegen eher bremsen und versuchen, das in vernünftige Bahnen zu lenken.

In Zukunft ist zu überlegen — deswegen halte ich das Amendment Nr. 10 für besonders wichtig —, ob die Vorschläge von Herrn Wilkinson über die institutionelle Form tatsächlich greifen. Ich wünsche mir, daß die Erfahrungen der ESA für den friedlichen Weg weiter genutzt werden können und daß auf der anderen Seite tatsächlich eine WEU-Institution die Aufgabe, die in Punkt 10 vorgeschlagen worden ist, übernehmen kann. Wenn das Realität würde, wäre das wahrscheinlich die bedeutendste Institution, die die WEU in ihrer 30jährigen Geschichte hervorgebracht hätte, und das Bemühen darum würde sich lohnen.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Ich hätte mich ganz gern der Stimme enthalten. Die Art und Weise, wie Herr Wilkinson sich gegenüber den Änderungsanträgen verhalten hat, weist aber darauf hin, daß hier offensichtlich eine Art double thinking vorliegt, das für die Westeuropäer typisch ist: Sie tun zwar immer so, als wollten sie sozusagen ausschließlich den friedlichen Weg gehen, aber sie haben immer noch eine Reserve, nämlich die Reserve, zu meinen, sich dem nicht entziehen zu können, wenn andere auf bestimmten Gebieten voranschreiten. In diesem Fall leiten sie eine

Entwicklung ein, die zwar auf den ersten Blick friedlich, im Sinne der Abrüstung und auch der Verifikation gemeint zu sein scheint, die aber — vor allem, wenn man die Dynamik in solchen Rüstungsbereichen mit ins Auge faßt — mit tödlicher Sicherheit zu einer Beteiligung an der **Rüstungsdynamik** schließlich auch **im Bereich des Weltraums** führen wird.

Damit Sie einmal nachlesen können, wie es im Falle einer anderen Großmacht gelaufen ist, empfehle ich Ihnen das Buch von Barbara Tuchmann mit dem Titel „Der stolze Turm“ — so ist die deutsche Übersetzung des Titels — zu lesen. Dort wird aufgezeigt, daß die USA ursprünglich auch eine demokratische und friedliebende Position einnehmen wollten. Spätestens mit der Einmischung in den mexikanischen Krieg hat dann die Entwicklung — natürlich auch auf Grund neuer Technologien — zu einer solchen abschreckenden und für alle gefährlichen Großmacht begonnen, als die sie sich heute präsentieren.

Wenn die Europäer sich nicht rechtzeitig darüber klarwerden, daß sie hier eine gefährliche Doppelstrategie einschlagen und daß diese Doppelstrategie sie eines Tages mit sich fortreißen wird, werden sie unweigerlich den Weg der militärischen Supermacht gehen. So leid es mir tut, Herr Wilkinson: Auch Sie mit Ihrer sehr skrupulösen und vorsichtigen Art des Vorgehens werden dann einen Beitrag dazu geleistet haben.

Empfehlung 410

betr. die militärische Nutzung des Weltraums

Die Versammlung,

- (i) ist sich des anhaltenden Interesses bewußt, das die Westeuropäische Union an den strategischen und industriellen Implikationen des Raumfahrtpotentials der Mitgliedsländer zeigt;
- (ii) schätzt die bemerkenswerten Leistungen, die die westeuropäischen Länder im Bereich der Raumfahrt sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) vor allem hinsichtlich der Spacelab- und Ariane-Programme und der Satellitenprogramme erzielt haben;
- (iii) ist sich der Notwendigkeit bewußt, daß Europa im Bereich der Weltraumwissenschaft wie auch der Anwendung der Weltraumtechnik neue Projekte einleiten muß, wenn die erfolgreiche europäische Entwicklung von Nachrichten- und Fernerkundungssatellitensystemen sowie von Trägersystemen und benannten Arbeitsmodulen voll genutzt werden soll;
- (iv) ist sich bewußt, daß die Vereinigten Staaten für Raumfahrtaktivitäten ein zehnfaches der finanziellen Mittel aufwenden, die Westeu-

ropa für diesen Zweck ausgibt, und daß zumindest die Hälfte des Raumfahrtprogramms der Vereinigten Staaten direkt oder indirekt durch das Verteidigungsministerium finanziert wird;

- (v) ist sich ferner bewußt, daß die westlichen Länder den derzeitigen Bemühungen der Sowjetunion um eine Ausweitung ihres Raumfahrtpotentials nicht zusehen sollten, ohne selbst gleichwertige Anstrengungen zu unternehmen;
- (vi) ist darüber besorgt, daß außer den beiden Supermächten — den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — weitere große Nationen wie etwa Japan, Indien, Brasilien und die Volksrepublik China aktiv Raumfahrtprogramme verfolgen, die Europas derzeitige Position als dritte Weltraummacht nach den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gefährden könnten;
- (vii) vertritt die Ansicht, daß das Raumfahrtpotential in der künftigen Kriegführung eine Schlüsselrolle spielen wird, daß militärisch gesehen der Unterschied zwischen den Potentialen der weltraumfähigen Nationen und denjenigen der übrigen Nationen beinahe ebenso groß sein wird wie der derzeitige Machtunterschied zwischen den Kernwaffenstaaten und den Nichtkernwaffenstaaten und daß Europa diese Tatsache nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch dementsprechend handeln sollte;
- (viii) nimmt die Forderung von Staatspräsident Mitterrand nach einer „Europäischen Weltraumgemeinschaft“ in seiner Ansprache vom 7. Februar 1984 und seine Bemerkungen über das Potential einer bemannten europäischen Weltraumstation sowie das derzeitige Interesse Westeuropas an diesem Thema zur Kenntnis;
- (ix) unterstützt die Initiativen zur Nutzung der Raumfahrttechnologie, um vertrauensbildende Maßnahmen, wie etwa die vorgeschlagene Internationale Satellitenüberwachungsbehörde zu verwirklichen, und ist entschlossen, Europas Raumfahrtpotential zu nutzen, um die Kriegsgefahr zu verringern, indem durch den Einsatz von Überwachungssatellitensystemen Überraschungsangriffe ausgeschlossen werden;
- (x) vertraut darauf, daß die WEU ein wertvolles Forum für die Diskussion und Analyse der Folgewirkungen, die die neuesten militärischen Raumfahrttechnologien für die Verteidigung Westeuropas haben, sowie einen institutionellen Rahmen bieten kann, der von den politischen Hemmnissen befreit ist, wie sie durch das ESA-Übereinkommen im Hinblick auf die Einführung eines europäischen militärischen Raumfahrtprogramms mit defensiver Zielsetzung durch die wichtigsten weltraumfähigen Länder Westeuropas bestehen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich aufzufordern, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, die militärische Nutzung des Weltraums durch die Dislokierung von offensiven Weltraumwaffensystemen zu verhindern, wobei der Abschluß von neuen internationalen Verträgen und die damit zusammenhängenden Verifizierungsverfahren sowie die Anwendung der bestehenden Abkommen über die Begrenzung der militärischen Nutzung des Weltraums gefördert werden sollten;
2. eine größere industrielle Beteiligung Europas sowohl an den Nachrichtensatelliten und militärischen Satellitenprogrammen der NATO als auch an der Infrastruktur der mit ihnen verbundenen Bodenstationen zu fordern und erfolgreiche nationale militärische Nachrichtensatelliten wie Skynet zu unterstützen;
3. den Ständigen Rüstungsausschuß anzuweisen, eine ausführliche Analyse der Folgewirkungen durchzuführen, die die Entwicklungen in der militärischen Raumfahrttechnologie und insbesondere die sowjetische und US-amerikanische Forschung und Entwicklung in diesem Bereich für die europäische Verteidigung haben;
4. das Amt für Rüstungskontrolle mit der Durchführung einer Studie über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zu beauftragen, die in Europa nach Gründung einer Internationalen Satellitenüberwachungsbehörde oder der Einrichtung von westeuropäischen Satellitensystemen zur Boden- und Meeresbeobachtung ergriffen werden könnten, und unter Berücksichtigung dieser Studie zu prüfen, mit welchen Aufgaben das Amt für Rüstungskontrolle im Hinblick auf eine Beteiligung an der Verifikation dieser Maßnahmen betraut werden könnte;
5. mit der Europäischen Weltraumorganisation einen Dialog aufzunehmen, um die industriellen Folgewirkungen der wissenschaftlichen oder anwendungstechnischen Programme der ESA in einem institutionellen Rahmen, der zur Formulierung einer westeuropäischen Sicherheitspolitik geeignet ist, zu untersuchen;
6. im Laufe seiner politisch-militärischen Konsultationen die Zielsetzungen und Prioritäten der europäischen Raumfahrtspolitik in den strategischen Schlüsselbereichen — Träger, bemannte Module, Integration von Raumstationen, Nachrich-

ten-, Wetter- und Fernerkundungssatelliten sowie bemannte und wiederverwendbare Wartungs- und Raumtransportfahrzeuge — festzulegen;

7. ein Europäisches Programm für Überwachungs- und Aufklärungssatelliten vorzuschlagen, das die derzeit im Spot-Projekt der französischen Weltraumbehörde (CNES) und im ERS-1-Projekt der ESA verwandten Sensortechnologien den Erfordernissen anpaßt und weiterentwickelt;
8. eine gemeinsame Antwort der Mitgliedstaaten auf die Vorschläge der NASA in bezug auf eine europäische Beteiligung an dem Projekt einer amerikanischen Weltraumstation auszuarbeiten und eine gemeinsame Strategie zur Nutzung der daraus folgenden technologischen Kenntnisse für den Fall zu entwickeln, daß ein Programm für eine europäische Weltraumstation eingeleitet würde;
9. die Ausarbeitung eines westeuropäischen militärischen Wettersatellitenprogramms zu fordern, das sich an die erfolgreiche Serie der zivilen Meteosat-Satelliten anschließen würde;
10. eine Beschlußfassung in bezug auf die Ergebnisse der Analyse des Ständigen Rüstungsausschusses, der Studie des Amtes für Rüstungskontrolle und über andere oben genannte Maßnahmen solange zu verschieben, bis die Versammlung Gelegenheit hatte, sich anlässlich eines breitangelegten Symposiums über die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit der Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke eingehend über die Fragen und damit verbundene militärische Probleme der Raumfahrt zu informieren.

Tagesordnungspunkt:

Folgemaßnahmen in den Parlamenten zu Empfehlungen der WEU-Versammlung über Standardisierung und Waffenproduktion

(Drucksache 977)

Berichterstatter: Abg. Antretter
(Bundesrepublik Deutschland)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, auf unser aller zeitliche Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen und den Bericht so zu raffern, daß buchstäblich nur das Wichtigste, was zur Ergänzung zu sagen ist, zum Ausdruck kommt.

Zu Beginn möchte ich allerdings nicht versäumen, allen Mitgliedern des Ausschusses ein sehr herzliches Dankeschön zu sagen, denn die Materie dieses Berichtes ist so komplex, daß sie der Berichterstatter allein niemals hätte bewältigen können. Die An-

fragen in allen Parlamenten mußten abgefragt werden. Alle Initiativen mußten untersucht werden. Das war nur möglich, weil mich alle Mitglieder des Ausschusses in hervorragender Weise unterstützt haben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, es gibt Einvernehmen in der Versammlung darüber, daß es eine der wesentlichen Aufgaben unserer Versammlung ist, die Empfehlungen, die wir beschließen, in den nationalen Parlamenten weiter zu verfolgen, d. h. sie den nationalen Parlamenten vorzulegen und an die Regierungen weiterzugeben. Dabei kommt es im wesentlichen darauf an, die Entscheidungen des Rates im Sinne unserer Empfehlungen zu beeinflussen. Ich meine, diese Aufgabe hat in der aktuellen Situation um so mehr Bedeutung, als wir alle uns derzeit um eine stärkere Effizienz der Westeuropäischen Union bemühen.

Aufgabe dieses Berichtes ist es also, Maßnahmen der Mitgliedsländer in bezug auf die von der WEU-Versammlung angenommenen Empfehlungen über — im wesentlichen — **Standardisierung** und **Rüstungsproduktion** zu untersuchen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt fünf bis sechs Minuten Debatte ersparen, indem ich Ihnen in vier Stichworten darstelle, wie der Bericht angelegt ist. Dies erleichtert Ihnen dann die Debatte und das Studium die Arbeit. Um alle Elemente, auf deren Grundlage die Schlußfolgerungen durch den Berichterstatter gezogen wurden, aufzuführen, habe ich mich für folgende Verfahrensweise entschieden. In Kapitel III wird der Wortlaut des operativen Textes jeder Empfehlung wiedergegeben. Nach jeder Empfehlung folgen der vollständige Text der entsprechenden Antwort des Rates und anschließend jeweils eine kurze Zusammenfassung der Dokumente. Nach jeder Antwort des Rates werden die entsprechenden Fragen der Parlamentarier sowie die ihnen erteilten Antworten aufgeführt. Anschließend findet dann ein kurzer Vergleich mit dem Inhalt der WEU-Texte statt.

In Kapitel IV werden dann die übrigen Aktivitäten der Parlamente analysiert. In Kapitel V findet sich eine Zusammenfassung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in den Dokumenten und in dem Bericht kommen häufig die Begriffe „Standardisierung“ und „Interoperabilität“ vor. Die Idee der **Standardisierung** hat vor allem deshalb Anklang bei einem Großteil der Öffentlichkeit gefunden, weil sie zugleich der operativen Forderung nach Einheitlichkeit und dem wirtschaftlichen Streben nach Senkung der Stückkosten entgegenkommt. Die mit der Standardisierung verbundenen Schwierigkeiten haben jedoch dazu beigetragen, den Begriff der **Interoperabilität** in den Vordergrund zu rücken. Die Interoperabilität unterscheidet sich von der Standardisierung insofern, als sie das Schwergewicht eher auf die Vereinbarkeit, die Kompatibilität des Materials als auf dessen Identität oder Austauschbarkeit legt und sich so um die Lösung des militärischen Problems, nicht aber des Problems einer rentablen Serienherstellung bemüht.

Meine Damen und Herren, aus dem Bericht ergeben sich vor allem vier Aspekte, von denen ich meine, daß sie untersuchenswert seien, Aspekte, im Zusammenhang mit denen Fragen auftauchen. Es ist z. B. die Frage, ob wir als Versammlung unsere Aufgaben, die wir eingangs dargestellt haben, wahrgenommen haben. Es ist die Frage, ob die Regierungen der Mitgliedstaaten in ausreichendem Maße Kenntnis von den Initiativen der Vertreter und von den Entscheidungen des Rates nehmen. Es ist die Frage, ob die parlamentarischen Aussprachen einen erkennbaren Einfluß auf die Ausarbeitung der Entscheidungen des Rates und auf die tatsächliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten hatten. Es ist letztlich — dies ist ein ganz eigener Komplex — die Frage, ob die parlamentarischen Aussprachen überhaupt weitere Initiativen des Rates oder der Regierungen der WEU-Länder anregen können.

Die Analyse führt, was die ersten drei Aspekte angeht, zu der Schlußfolgerung, meine Damen und Herren, daß die Parlamentarier selbst ihre Bemühungen verstärken müssen, um den Empfehlungen der Versammlung in den Mitgliedstaaten Gewicht zu verleihen. Was den vierten Aspekt angeht, so scheinen die Aussprachen in den Parlamenten doch einige Fragen aufzuwerfen, z. B. in diesem Zusammenhang die Frage nach der Standardisierung und Interoperabilität. Denn weder hat der Rat noch hat die Versammlung je einem dieser beiden Konzepte eindeutige Priorität gegeben, obwohl es beträchtliche Unterschiede zwischen ihnen zu geben scheint.

Ich frage: Ist es nicht erforderlich, die Regierungen durch den Rat aufzufordern, einen detaillierten gemeinsamen Ansatz zu dieser Thematik zu erarbeiten, in dem die einzelnen zu unternehmenden Schritte genannt werden? Es stellt sich des weiteren eine Frage im Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion. Nach verschiedenen Aussagen der Regierungen in den Parlamenten scheinen die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten hauptsächlich aus der bilateralen Zusammenarbeit zwischen einzelnen europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten zu bestehen. Darüber hinaus scheint es jedoch keinen umfassenden Informationsaustausch unter den europäischen Staaten im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in diesem Bereich zu geben.

Ich möchte fragen: Sollte daher nicht der Rat aufgefordert werden, die Koordination und den Informationsfluß zwischen den betreffenden europäischen Regierungen zu verbessern? Sollten nicht die Regierungen aufgefordert werden, die derzeit gültige Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten, durch die Importe aus Europa beschränkt werden, genauer zu prüfen und ihre Bemühungen in Richtung auf eine echte **Zweibahnstraße** zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu verstärken?

Es ergeben sich auch Fragen im Zusammenhang mit dem Verfahren und den Strukturen der industriellen Zusammenarbeit. Verschiedene Regierungen

betonen die enormen Hindernisse, die einer vollständigen Integration der Rüstungsproduktion in den atlantischen und europäischen Rahmen im Wege stünden. Keine dieser Äußerungen stimmt vollständig mit den wiederholten Beteuerungen des Rates überein, die bestehenden Strukturen und Verfahren seien ausreichend.

Sollte nicht die Aufmerksamkeit des Rates, so frage ich, auf diese Meinungsunterschiede gerichtet werden, und sollte er nicht aufgefordert werden, die einschlägigen Empfehlungen der Versammlung, die joint ventures im Bereich der Produktion einschließen, erneut zu überprüfen?

Es erheben sich Fragen nach Beschränkungen des Verkaufs von Rüstungsgütern. Die Aussprachen in verschiedenen Parlamenten haben gezeigt, daß unterschiedliche Einstellungen zu diesem Problem seitens der Regierungen bestehen. Erlauben Sie mir, daß ich gerade vor dem Hintergrund der Ausführungen des neuen Ratspräsidenten und des Bundesministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, der gestern unser Gast war, mich ermutigt fühle zu fragen: Würde es nicht lohnen, die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, dieses Problem erneut zu erwägen, um, soweit dies möglich ist, zu einer einvernehmlichen Haltung der WEU-Länder zu kommen?

Letztlich erhebt sich eine Frage im Zusammenhang mit der Studie des Ständigen Rüstungsausschusses. Verschiedene Regierungen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, haben die Bedeutung der vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführten Studie unterstrichen und betont, daß kurzfristig nicht mit Ergebnissen im Rahmen dieser Studie zu rechnen sei. Ich möchte fragen, ob es nicht an der Zeit ist, einen Zwischenbericht über den derzeitigen Stand der Studie sowie einen Bericht über die Arbeit der **IEPG** anzufordern. Sollten die Regierungen nicht erneut aufgefordert werden, über laufende und künftige Rüstungsprojekte Bericht zu erstatten?

Herr Präsident, obwohl ich Berichterstatter des Gesamtausschusses bin, gestatten Sie mir bitte am Schluß noch ein persönliches Wort. Dieser Bericht und die Schlußfolgerungen, die wir daraus ziehen, haben eine verbesserte Rüstungskoordination und damit eine Verbesserung unserer Verteidigungsfähigkeit zum Ziel. Ich denke, gerade als Parlamentarische Versammlung sollten wir jedoch bei allem, was wir initiieren und was wir empfehlen, darauf bedacht sein, daß sich rüstungspolitische Überlegungen nicht verselbständigen. Wir müssen deshalb bei der Behandlung dieser Thematik den Blick auch auf die Grundtheorie unserer westlichen Sicherheitspolitik richten, wie sie im Harmel-Bericht nach wie vor gültig formuliert ist: glaubwürdige Fähigkeit für Verteidigung ebenso wie das Bemühen um Entspannung und Abrüstung. Wir sollten im Rahmen des Beitrags, den wir als Parlamentarische Versammlung zu einer wirksameren Arbeit der WEU leisten können, auch den Anspruch auf mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle der

Rüstungszusammenarbeit erheben. Dies wäre eine Gewähr dafür, daß Erfolge bei der Rüstungskoope-
ration, die wir anstreben, nicht in die gefährliche
Nähe einer Automatik der Rüstungsspirale geraten.
Auch dies wäre, meine ich, eine Aufgabe, die sich
die Mitglieder unserer Versammlung zunächst und
immer wieder in den nationalen Parlamenten stel-
len sollten — eine gute Aufgabe, wie ich meine, weil
sie unserer Verteidigungsfähigkeit in gleicher
Weise dient wie sie den Frieden auf unserem Konti-
nent sicherer macht.

Vielen Dank.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehr-
ten Damen und Herren! Ich will versuchen, diese
freundlichen Worte von Ihnen, Herr Präsident, und
von den Herren Kollegen mit einem sehr kurzen
Schlußstatement zu honorieren. Es hat sich sowohl
beim Beitrag von Herrn Brown als auch beim Bei-
trag von Herrn Rauti und Herrn Page gezeigt, daß
mit dem Bericht das Anliegen zum Ausdruck ge-
bracht werden soll, in den verschiedenen Veräste-
lungen zu einer deutlicheren Akzentuierung der Zu-
sammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu kom-
men oder, um es auch deutlich zu sagen, es nicht bei

einer Einbahnstraße bewenden zu lassen, oder auch
den Bereich einer eindeutigen Äußerung des Rates
oder der nationalen Regierung zu berücksichtigen,
was sie auch vorziehen, Interoperabilität oder Stan-
dardisierung, welche Möglichkeiten sie sehen, wie
ernst sie es nehmen. Es muß nicht nur gesagt wer-
den, welche Möglichkeiten gesehen werden, wie
ernst es genommen wird, sondern es muß auch ge-
sagt werden, welche Schritte gegangen werden
müssen. Ich möchte mich sehr herzlich dafür be-
danken und glaube, daß ich es im wesentlichen als
Unterstützung der Arbeit verstehen darf.

Ich richte auch ein besonders herzliches Danke-
schön an Herrn Rauti dafür, daß er uns darin unter-
stützt, die Empfehlungen der WEU in die nationalen
Parlamente zu tragen. Ich möchte mich diesem Vo-
tum anschließen.

Ebenfalls ein besonderes Dankeschön an Sir John
Page für die freundlichen Worte und auch für die
Anregungen, dem Parlamentsausschuß ein beson-
deres Augenmerk im Zusammenhang mit unserer
Diskussion über eine wirksamere Arbeit der WEU
zu schenken. — Vielen Dank, Herr Präsident.

